

Zur Diskonterhöhung

Ist die Konjunktur Scheinbild?

I.

Wenn auch die in den letzten Tagen vollzogene Erhöhung des Reichsdiskontsatzes ihre entscheidende Grund- lage in währungsrechtlichen Überlegungen hat, so liegt doch gleichzeitig in ihr eine sehr weitgehende Bekräftigung der Mäßigkeit der wirtschaftspolitischen Reichs- und Kon- junktur in den vergangenen Monaten. Im Gegensatz zu den Urteilen, die die Konjunkturbeurteilung dieses Jahres in den breiteren Kreisen der deutschen Öffentlichkeit, der öffentlichen Wirtschaft und insbesondere der deutschen Kon- junkturpolitik fand, war die Politik der Reichsbank stets zu der Überlegung befaßt, daß die günstige Wirt- schaftslage keineswegs der wirklichen Wirtschaftskraft feineswegs entspräche. Sie ging — und dies war be- züglich der Grund für ihre in der Öffentlichkeit so stark diskutierte Stellungnahme zur Frage: Auslandsanleihe- politik — von der Erkenntnis aus, daß es sich hier um ein Scheinbild der Konjunktur handelte und handelte, die übermäßigen Konsum anreizt. Man kann es im Inter- esse einer gesunden Wirtschaftspolitik nur bejahen, daß die entscheidenden wirtschaftlichen Ministerien des Reiches über die sonst im allgemeinen vertretene oberflächliche Beurteilung uneinig sind und aus dem äußeren Bild der wirtschaftlichen Konjunkturbewegung optimistische Rückschlüsse auf die innere Leistungskraft der Wirtschaft und auf den Erfolg des Erfolges unserer wirtschaftlichen Ge- schäfts-Verhältnisse ziehen. Das Anzeichen der Diskon- terhöhung ist ein Warnungssignal, die durch die An- leiheschritte ermöglichte Borgwirtschaft in den bisherigen Zusammenhängen nicht weiter fortzuführen.

II.

Die Gefahren, die für die nächste Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens in der Erweiterung der Finanz- planne zwischen inländischen und ausländischen Kapitalmarkt liegen, dürfen nicht unterschätzt werden. Der hohe Kredit wird das Auslandskapital veranlassen, bereit- willig denn je sich zur Mitarbeit in deutschen Wirt- schaftsbetrieben zu Verfügung zu halten. Langfristige Schuldverpflichtungen zu hohem Zinssatz wird aber die deutsche Wirtschaft nur mit großer Vorsicht auf sich nehmen dürfen. Kurzfristige Schuldverpflichtungen müssen so wie über auf der Grenze des geringst Möglichen gehalten werden, um die Gestaltung der deutschen Zahlungsbilanz in Verbindung mit der von Deutschland durchzuführenden währungsrechtlichen von einer verstärkten Abhängigkeit gegenüber den Konjunkturschwankungen auf dem interna- tionalen Kapitalmarkt frei zu halten. Es wäre falsch, Unmög- liches als Form ausländischer Kapitalanlagen mehr oder we- niger ausschließlich der Entscheidung der Reichsbank zu ver- lassen. Das von der Reichsbank mit Recht in An- erkennung ihrer währungsrechtlichen Aufgaben durch- geführte währungsrechtliche darf nicht auf einer Wirt- schaftspolitik der Reichsbank aufbauen. Wenn auch die Richtung hier in den vergangenen Monaten oftmals erhellungen erhoben worden sind, wenn in ihnen die Auffassung sich durchsetzte, daß mit allzu- großer Hand die Reichsbank von der in ihrer Hand be- findlichen Mitteln der Wirtschaftsbekämpfung Gebrauch machte, so liegt das Verbotene weniger bei der Reichsbank als bei der Reichsregierung. Sie hat die Aufgabe, eine neue Überleitung der Beziehungen der deutschen Wirtschaftspolitik mit der von der Reichsbank zu beobach- tenden währungsrechtlichen Aufgaben herbeizuführen.

Wenn in diesen Tagen in offiziellen Communiqués be- stimmt gegeben wurde, daß das Reichsministerium unter Ein- wirkung des Reichsbankpräsidenten in eine Vernehmung der weiteren wirtschaftspolitischen Entwicklung einzutreten solle, so muß man dem Verzeihen und dem Bedauern über Ausdruck geben, daß solche gemeinschaftlichen Ver- handlungen nicht als Selbstverständlichkeit gelten und fort- zuwähren, insbesondere von den die Wirtschaftspolitik be- treffenden Ministern, mit dem Reichsbankpräsidenten wahr- nehmen werden. Wie auch auf so vielen anderen Gebie- ten, ist auch hier die innere Verantwortlichkeit der gegen- wärtigen Reichsregierung der höchste Demutmaß für eine glückliche, zielbewusste wirtschaftspolitische Führung.

III.

Verkehrung des Geldes ist innerhalb eines normalen Wirtschaftskreislaufes stets mit einer Verbilligung der Zin- se verbunden. Die Wirtschaft ist bei hohem Geld- und Kapitalzins härter als sonst gezeugen, durch Umgeris- tung, Ablösung der Lagerreserven und dergleichen die un- nöthigen Betriebsmittel an sich heranzuziehen. Die gegenwärtige Diskonterhöhung kann einen entscheidenden Wendepunkt für die weitere Gesundung unserer Wirt- schaftsbetriebe bedeuten, sofern die Gesamtheit der deutschen Wirtschaftspolitik — insbesondere auf dem Gebiet der finanziellen Finanzwirtschaft — die Voraussetzungen da- für schafft, daß die sowohl für die Aufrechterhaltung der monetarischen Finanzkraft als auch für die Aus- schüttung des weltwirtschaftlichen Uberschusses deutscher Güter dienliche Preisfindung sich durchsetzen kann. Wenn aus- in in diesen Wochen stattfindenden Verhandlungen zwi- schen dem Reichs- und Landesverwaltungen über die künf- tige Gestaltung der öffentlichen Finanzwirtschaft sich das- selbe ergibt, daß man durch Vermögens- und Ver- bindlichkeitsreform den sowohl politisch als auch finanz- wirtschaftlich notwendigen Weg zu durchführendem Abbau der Lan- desverwaltungsverpflichtungen mit entsprechender Milderung der finanziellen Anforderungen der Landesverwaltungen ist, wenn damit der Weg für einen planmäßigen Konsum — insbesondere auf dem Gebiet der währungsrechtlichen — für die nächsten Jahre frei gemacht ist, so würde in Verbindung mit dem neuen Diskontsatz von mancher aus ihm sich ergebenden Erscheinungen ein- bedeutend entscheidender Schritt zu stetiger Wirt- schaftsentwicklung getan sein.

Aber auf dieses Zusammenwirken kommt jetzt alles an.

Wirtschaftsfragen des Einzelhandels

Erklärungen des Preussischen Handelsministers Schreiber

Ist meine Verwaltung reich, bin ich bemüht, auf diesen Gebieten wieder normale Verhältnisse herbeizuführen.

Der deutsche Kaufmann ist Anhänger einer freien Wirt- schaft und wendet sich ganz mit Recht gegen obrigkeitliche Einengung des freien Güterauslaufs. Und doch hat seit etwa einem Jahre eine Frage meine Kreise des deutschen Einzelhandels schwer beunruhigt, deren Lösung einen Schritt zur freien Wirtschaft bedeuten sollte. Ich meine die Foderung der Mietsverträge für gewerblich benutzte Räume. Es ist nicht zu leugnen, daß mir hier vor einer Frage von großer Ernst stehen, die eine betriebsdienliche Regu- lation noch nicht gefunden hat. Heute ist es doch so, daß einem Gewerbetreibenden, der seine Verhältnisse seinem Hauswirt gegenüber nach jeder Richtung hin treu und ge- rechtig erfüllt, der bereit ist, die wirklich angemessene Miete zu zahlen, getündigt werden kann, ganz wie es dem Vermieter beliebt, gleichgültig, ob ein wichtiger Grund für die Kündigung vorliegt oder nicht. Und auch dort, wo die Mietverträge aufreht erhalten bleiben, werden sie meist nur auf kurze Fristen abgeschlossen, so daß unter der Drohung der Kündigung immer wieder neue Mietsverhandlungen er- zwingen werden können. Ich erachte eine derartige Abhän- gigkeit des Geschäftes eines Volksgenossen von der Willkür eines anderen weder mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten, noch mit dem sozialen Geist unserer Zeit für vereinbar. Das gewerbliche Unternehmen gerade des Einzelhändlers muß eine gewisse Gewähr des Bestandes gerade an der Stelle, wo es betrieben wird, haben. Ich bin deshalb der Meinung, daß unter allgemeinem Mietsrecht schleunigst das- selbe geändert werden muß, daß dem Mieter, der seine Pflichten gegenüber dem Vermieter erfüllt und insbesondere eine angemessene Miete bezahlt, nur dann getündigt wer- den darf, wenn ein wichtiger Grund für die Kündigung vorliegt.

Die Enttäuschung über das erschwerte Fortkommen und die gesunkenen Verdienstmöglichkeiten hat manche Kreise des Einzelhandels veranlaßt, den alten Ruf nach einem Eingreifen des Staates zur Abwehr der Konkurrenz finanziell besonders leistungsfähiger Großbetriebe und Konsumbetriebe zu erheben. Diese Einstellung ist für den Einzelhandel nicht unbedenklich.

Das aber darf der Einzelhandel vom Staat erwarten, daß er unantastbar Machtbefugnisse auf dem Gebiete des Güterauslaufs mit Entschiedenheit bezeugt. In Verfolg der vorjährigen Verhandlungen sind Anordnungen getrof- fen worden, die eine möglichst wirksame Bekämpfung des unantastbaren Wettbewerbs seitens der Verbandsangehörigen im Zusammenhang mit dem öffentlich-rechtlichen Be- raufsetzungen der Wirtschaft sicherstellen sollen, soweit das geltende Recht solche Maßnahmen zuläßt. Und weiter verlangt der Einzelhandel vom Staat mit vollem Recht, daß in der Sonntagsruhe und dem behördlich verordneten Ladenschluß alle Betriebe gleichmäßig behandelt werden. Das ist die Politik, die ich in diesen Fragen bisher verfolgt habe, und weiter verfolgen werde, bis sie sich selbstlos durchgesetzt hat.

Aber staatliche Maßnahmen allein können einen Wirt- schaftszweig nicht vorantreiben. Mit Freude stelle ich fest, daß alle Zweige des Einzelhandels bemüht sind, sich selber zu helfen. Die preussische Staatsregierung wünscht die Lage des Einzelhandels voller Erfolg, zum Nutzen des deutschen Einzelhandels und damit der gesamten deutschen Wirtschaft.

Wirken was vor die einzelnen, die Wirtschaft betreffen- den Ministerien des Reiches nebeneinander, bleibt in Reich und Ländern das Doppelregiment bestehen und erhält sich daneben die ihre eigenen Wege suchende Reichsbankpolitik, so ist zu befürchten, daß die deutsche Wirtschaft in eine neue längere Krise hineintrifft. Nicht die Reichsbank, sondern die Reichsregierung würde hierfür das Verantwor- tliche treffen.

Die Regalabgaben für die Standesherrn

Preußens Millionen für den Herzog von Arenberg

Aus Anlaß der gegenwärtigen Verhandlungen über die Abfindung der Standesherrn ist, wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mittelt, auch die Frage einer Verringerung der Beträge, die im Zusammenhang mit dem preussischen Gesetz vom 19. Oktober 1920 mit den früheren Standesherrn geschlossen sind, erwogen worden. Dieses preussische Gesetz sah vor, daß eine Reihe von Rechten, die bis dahin den Standesherrn zustanden und die, wie die Ausübung der Verpächter, zum Teil Hoheitsrechte waren, auf den preussischen Staat übergingen. Sichtlich für die Regalabgaben waren sechs Standesherrn in den Beträgen besondere Konzeptionen gemacht worden. Es handelte sich bei diesen Standesherrn im wesentlichen um den Herzog von Arenberg, den Fürsten Salm-Salm, den Fürsten Salm-Wittgenstein, den Herzog von Croÿ, also um die gleichen Per- sönlichkeiten, die auch sonst vom preussischen Staate die Fort- zahlung ihrer Renten verlangen, die, wie bei den Bera- tungen auf das Jahr 1915 und die Wiener Bundesas- samblée zurückzuführen. Die größten Forderungen erhob der Herzog von Arenberg, dem damals auf fünf Jahre die Hälfte der eingehenden Regalabgaben, auf weitere fünf Jahre ein Viertel der Regalabgaben zugesichert wurden. Gleich- zeitig wurde ein Maximalbetrag festgesetzt, demzufolge die Art zu zahlende Summe in den ersten fünf Jahren nicht über 1,5, in den nächsten fünf Jahren nicht über 1 Million und bis zum Jahre 1934 nicht über 750 000 Mark hinaus gehen sollte.

Durch die Inflation ist die Angelegenheit nun wieder in Rollen gebracht worden. Gegenwärtig werden aber auch auf Grund dieser Beträge Zahlungen an die

Standesherrn geleistet; so sind in diesem Jahre insge- samt 600 000 Mark unter Vorbehalt gezahlt worden. Es liegt auf der Hand, daß diese Frage bei der Regelung der Abfindung der Standesherrn mitgearbeitet wird, am besten durch eine Ermächtigungsklausel, die in dem Abfindungs- gesetz Breiten von den geleghenden Körperschaften des Reiches gegeben wird. Das preussische Handelsministerium wird über die Rechtslage in nächster Zeit dem Landtage ein Gutachten ausstellen.

Die Frau Gräfin als Kirchenpatron

Was heute noch möglich ist!

Für die erste Lehrerstelle in Plattow war der Lehrer Sch. von der Regierung in Aussicht genommen. Er war bereits mit der Verwaltung der Stelle beauftragt. Die endgültige Ernennung des Lehrers Sch. ist jedoch dadurch sabotiert worden, daß dieser Lehrer von der Gräfin Schön- burg-Glauchau abgelehnt wird. Die Gräfin Schönburg leitet ihre Rechte dadurch her, daß die organische Verwaltung mit dem Kirchenamt von der Regierung aufreht erhalten wird, daß die Gräfin als Kirchenpatronin deshalb das Recht der Ablehnung hat. Die Lehrer sind stets beliebt gewesen, von dem unwürdigen Joch der sogenannten „organischen Verbindung“ befreit zu werden. Der vorliegende Fall ist für die Autorität des Staates und seiner Schulverwaltung abstoßend. Dies umso mehr, da, wie bekannt geworden ist, die Ablehnung des Lehrers deshalb erfolgt, weil er sich der Demokratischen Partei angeschlossen hat.

Die demokratischen Landtagsabgeordneten Bohner, Fall, Nibel haben im preussischen Landtag eine kleine An- frage wegen dieses Falles eingebracht. Die Abgeordneten fragen:

1. Ist bei organischer Verbindung von Kirchen- und Schulamt der Einpruch eines privaten Kirchenpatrons gegen die Berufung eines bestimmten Lehrers noch zulässig?
 2. Bei Bejahung von 1: Welche Maßnahmen zur Abänderung dieses Zustandes wird die Regierung ergreifen?
- Das Ermittlungsverfahren gegen den Leutnant a. D. Ernst Kull wegen Ermordung von Rosa Luxemburg ist jetzt nach neunjähriger Dauer endgültig durch unantastbaren Beschluß des Landesrichters II eingestellt worden.

Das Reich und die Länder

Vorschläge des Ministerialdirektors Bredt.

Kürzlich hielt Ministerialdirektor Bredt in Stuttgart ans Anlaß der staatsrechtlichen Woche einen Vortrag über das Reich-Länder-Problem. Nach einer Schilderung des staatsrechtlichen und statistischen Tatbestandes und einer Erörterung der öffentlich bekanntgemachten Dokumente über die Auffassungen des Reiches, Bayerns, Preußens und des Südtübingens ging Bredt, der bekanntlich fünf Jahre lang Leiter der Verfassungsabteilung des Reichsministeriums des Innern war und jetzt Preußen im Reichsrat vertritt, auf den kritischen Punkt — den Finanzausgleich — ein und behandelte zum Schluß die nächsten möglichen Schritte zur Lösung des Gesamtproblems.

Ein Lebensfaden der kleinen Länder durch Preußen verlangt, so führte der Redner aus, die Schöpfung nicht näher. Das zeigt ein einfaches Rechenbeispiel. Durch Lebensfäden aller zehn kleinen Länder von Mecklenburg bis Schaumburg-Lippe mit ihren zusammen zehn Stimmen im Reichsrat würde Preußens Stimmenszahl im Reichsrat nicht wachsen, sondern wegen der verfassungsmäßigen Begrenzung auf zwei Fünftel der Gesamtstimmen von jetzt 27 auf 20 Stimmen sinken. Dann würde z. B. Bayern zur einfachen Majorisierung Preußens im Reichsrat nicht mehr, wie jetzt noch 23 Stimmen anderer Länder zu seinen elf Stimmen hinzugewinnen müssen, sondern nur noch 15, und zur Verhinderung eines verfassungsändernden Gesetzes nur noch 6 (z. B. Sachsen allein) statt bisher 12, außerdem auch Württemberg und Hessen. Preußens Vergrößerung würde also seine Macht im Reich sinken lassen.

Grundtatsache Verfassungsänderungen, auch Änderungen der Zweifelhafteitsgrenze sind schwer zu erzielen, weil jede Änderung das ganze Problem aufwirft. Man kann aber sehr weit gehende Schritte ohne Verfassungsänderung, ja ohne Gesetz tun. Ein Land, wie Hessen oder Mecklenburg, kann die Reichsminister in Personalunion zu seinen Landesministern bestellen, vielleicht unter Aufnahme eines Landesmannes in die Reichsregierung. Die Reichsminister führen das Amt ohne besonderes Entgelt. Die tatsächliche Verwaltung wird an Ort und Stelle von einem oder mehreren Staatssekretären des Landes geleitet. Das Landesparlament befreit seinen Zusammtritt auf kurze Sitzungswochen, so Reichsminister die Reichsfinanzverwaltung übernehmen. Die Verwaltung wird vereinfacht. Das Land behält sich und Stimme im Reichsrat; die Initiation geht auf Grund der Personalunion von der Reichsregierung aus. Das Land kann jederzeit die Personalunion lösen, sich wieder eine eigene Regierung halten oder eine ähnliche Verbindung mit Preußen oder einem anderen Lande eingehen. Besonders Zusätze des Reiches über den Reichsbürgerschaftsstand können aber an die Bedingung der Aufrechterhaltung der Personalunion geknüpft. Das Land und sein Parlament wird sich daher eine Verringerung zeitlich überlegen.

Besonders muß eine Personalunion zwischen dem Reich und Preußen eintreten. Hier kann aber bei der Größe Preußens nicht so radikal verfahren werden, daß alle preußischen und Reichsminister vereint werden. Das kann schon wegen der räumlichen Trennung der Ministerien der erste Schritt nach der Zeit, daß sämtliche Reichsminister zugleich an preußischen Ministerien ohne Portefeuille und ohne besondere Bezahlung und umgekehrt alle preußischen Minister zu Reichsministern ohne Portefeuille ernannt werden, am besten noch den nächsten Wahlen. Das wären zusammen 19 Minister, gegen z. B. 21 Minister des englischen Kabinetts. Die Zahl wäre dann allmählich im Laufe der Jahre zu verringern. Das Kabinett braucht nicht immer in voller Besetzung zu liegen. Der Zustand wäre zunächst durch Parteibürgerschaften zu erhalten. Die Reichsministerien Preußens würden durch das Gesamtkabinett instruiert. Bayerische und andere Staatsminister würden dabei mitwirken, aber andererseits Preußens Einfluß im Reich gehörend wachsen. Die gemeinsame Verwaltung reform würde sich ohne die bisherigen Zuständigkeitskonflikte größtenteils durchführen lassen. Ernährungs- und Landwirtschaftsministerien würden bald vereinigt werden können, ebenso Handels- und Wirtschaftsinstitut. Nach längerer Probezeit würde es dann nicht schwer sein, Verfassungsänderungen zur Ratifikation und weiteren Verbesserung des neuen Zustandes herbeizuführen. Dieser Weg würde wahrscheinlich schneller zum Ziele führen, so schloß der Redner, als wenn man mit Verfassungsänderungen anfangen wollte, für die sich mangels klarer gemeinsamer Endziele eine genügende Mehrheit noch nicht findet.

Arreststrafen für Beamte

Konservativer Beamtenbehandlung.

Angeht die Haltung der Rechtsparteien in Beamtenfragen ist es vielleicht von Wert, noch einmal festzustellen, wie sich die früheren Konserverativen zu den lebenswichtigen Fragen der deutschen Beamtenchaft verhalten haben. Bis in die Kriegszeit hinein bestand noch das Recht der Behörden, gegen die unteren Beamten in Preußen Arreststrafen zu verhängen. Die Konserverativen der damaligen Zeit waren auch damals nicht gewillt und bereit, diese entehrenden Strafen zu befehlen. Unsere Polizeibeamten, insbesondere auch die Landjägerbeamten verdanken die Aufhebung der Arreststrafen erst der Nachkriegszeit. Durch das Gesetz vom 25. März 1927 sind zwar die Arreststrafen für die unteren Beamten im allgemeinen beseitigt worden. Das traf aber noch nicht auf die Beamten der Polizei zu. Also selbst in der harten Zeit des Krieges und trotz treuer Pflichterfüllung konnten z. B. die Gendarmen und die Schulleute noch mit Arrest bestraft werden. Erst im Herbst 1918, nach der Staatsumwälzung, wurden dann auch die Arreststrafen für die Polizei- und Landjägerbeamten durch Erlass des Preußischen Ministeriums des Innern vom 5. 12. 1918 beseitigt, indem verfügt wurde, daß Arreststrafen als Disziplinarstrafen für Angehörige der Landgendarmerei nicht mehr zu verhängen seien. Weshalb wurde dieser Erlass dann durch die spätere Verordnung der Preußischen Landesregierung vom 10. 3. 1919. Es ist deswegen von

besonderem Wert, sich dieser Zustände zu erinnern, weil ja die heutigen Deutschnationalen in Wirklichkeit die Nachfolger der ehemaligen Konserverativen sind und weil aus dieser Handlung der früheren konserverativen Regierung am besten die wahre Bestimmung der Konserverativen zu ersehen ist.

Freiwillige heraus!

Wir brauchen in allen Orten für die Erledigung agitatorischer und organisatorischer Angelegenheiten Mitarbeiter.

Nur wenn alle befähigten Freunde sich in den Dienst der Organisation stellen, werden wir Erfolge erringen.

Meldungen a. d. Bezirksgef. Kreisstelle Magdeburg, Breiter Weg 139/140.

Die Befolgung der weiblichen Beamtenschaft

Forderungen zur Befolgungsreform

Von Gerrard Witsford.

In dem Kapitel „Gleichberechtigung der Frauen“ spielt die Frage der „Auslösung weiblicher Arbeitskräfte“ — auch die Befolgung und Gleichberechtigung der weiblichen Beamtenschaft im Vergleich zu der männlichen — keine gerade rühmliche Rolle. Es braucht nur an die Zeit der Abbau-Gesetzgebung erinnert zu werden, und man sieht die große Lücke, die zwischen der „verfassungsmäßigen“ Gleichberechtigung der Frauen und der „tatsächlichen“ steht. Nicht nur einmal — bei der ersten Beamtensabbau-Gesetzgebung — wurde die verbriefte Gleichberechtigung der weiblichen Beamtenschaft rüchlos übergeben, sondern auch bei den späteren Verlängerungen der Abbau-Verordnungen wurde dieses Unrecht auch nicht im entferntesten Maße irgendwo berichtigt. Die demokratische Fraktionsvorherrschaft, besonders der demokratische Fraktionsvorherrschaft, Minister a. D. Erich Koch, hat gegen den Verfassungsgesetz gegenüber der weiblichen Beamtenschaft energisch protestiert und der Verlängerung des Gesetzes die Zustimmung verweigert; auch die Sozialdemokraten schlossen sich diesem Standpunkt an, allerdings vergeblich, weil die Parteien, die auch heute die Regierungsmehrheit bilden, auch damals (1925) über die Verlängerung des Gesetzes entschieden.

Nicht be- liegt die Frage der neuen Befolgungsordnung der Beamtenschaft weite Kreise, und es ist wieder ein Zeitpunkt gekommen, bei dem darauf zu achten ist, daß große Frauenkreise, die dem neuen Staat, wie früher dem alten, als Beamtinnen in treuer Pflichterfüllung Dienste leisten, zu ihrem ihnen zugehörigen Recht kommen. Die Arbeitsgemeinschaft der Verkehrsbeamten-Verbände (Verband der Deutschen Post- und Telegraphenbeamtinnen; Verein der Bayerischen Verkehrsbeamtinnen; Vereinigung der Württembergischen Verkehrsbeamtinnen) hat zur Befolgungsneuregelung eine Denkschrift herausgegeben, zu der auch die Fraktionen bei der Behandlung der Befolgungsneuregelung im Reichstag, Stellung nehmen werden müssen.

Die Wünsche der weiblichen Post- und Telegraphenbeamtinnen zur Befolgungsneuregelung sind in sechs Punkten formuliert: Sie verlangen 1. endlich die in der Verteilung gewährleistete volle Gleichstellung mit den männlichen Beamten. Die Verursächlichkeit der weiblichen Beamten soll nach der Vorbildung, Aus- und Fortbildung, sowie der entsprechenden weiblichen Verwendbarkeit, richtiger, als bei der Befolgungsneuregelung von 1920 bewertet werden.

2. verlangen sie, daß das Befolgungsgruppen-System mit dem Grundlag gemeinsamer Einberufung der dienstlich vergleichbaren Gruppen — und daher auch der männlichen und weiblichen Beamten — unter wesentlichen Verbesserungen beibehalten wird. Der Verabredungs-Grundlag soll anerkannt und durchgeführt werden.

3. Die weiblichen Post- und Telegraphenbeamtinnen verlangen ferner im Sinne der Forderung 1. und 2. auf Grund ihrer Vorbildung, Aus- und Fortbildung, der Verantwortung ihrer Tätigkeit, sowie ihrer vielseitigen Verwendbarkeit, daß ihre Eingangsstellung in dem vollwertigen öffentlichen Dienst und ihre Spitzenstellung (Beratungsfunktion) in dem gebotenen mittleren Dienst jeglicher Befolgungsangabestufung einrangiert wird.

4. Die Befolgungsgruppenbasis sollen bei der Befolgungsneuregelung eine bessere Anpassung an die gegenwärtigen und sicher noch lange vorherrschenden Dienstverhältnisse finden.

5. Die Befolgungsvorschriften (Ausführungsbestimmungen zum Befolgungsgesetz) sollen wesentlich vereinfacht und so gestaltet werden, daß sie es mehr als bisher ermöglichen, der Vorgesetztenstellen der dienstlichen Verhältnisse bei den einzelnen Verwaltungen Rechnung zu tragen. Vor allem sollen die sich auch jetzt noch aus wackelnden Bestimmungen für die Post- und Telegraphenbeamtinnen ergebenden Härten beseitigt werden. Es soll jede Dienstzeit anerkannt werden, ganz gleich, ob die Beschäftigung einer Helferin oder Beamtin zeitweilig unterbrochen worden ist oder nicht.

6. wird verlangt, daß die seitlichen Bestimmungen über den Laufbahnaufwachs in § 5 des Reichsbefolgungsgesetzes, wonach die Zahl der einflussenden Umwärtler ausschließlich von den zugehörigen Ministern im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen festzusetzen, aufgehoben werden.

Diese Forderungen werden in dieser Denkschrift eingehend begründet, und es wird mit Recht verlangt, jetzt endlich durch eine gerechte Behandlung der weiblichen Beamtenschaft bei der Befolgungsneuregelung wenigstens etwas erreicht wird, was 1923, 1924, und 1925 auf Grund der Ermächtigungsgesetze der weiblichen Beamtenschaft an Unrecht zugefügt worden ist.

Diese Denkschrift, die allen Fraktionen und Landesparlamenten der weiblichen Abgeordneten zugegangen ist, verdient die größte Aufmerksamkeit und man kann nur hoffen, daß die Forderungen allseitige Unterstützung erlangen, weil sie in Wirklichkeit nur das verlangen, das ihnen auf Grund der deutschen Reichsverfassung zusteht.

Erholung für kinderreiche Mütter.

Die Landesversicherungsanstalt Hannover geht den Müttern von kinderreichen Familien dringender Erholung bedürftigkeit eine vierwöchige Erholungsstärkung. Das geschieht auch dann, wenn die Mütter selbst nicht inwärtig sind. Voraussetzung ist allein, daß der Ehemann Wartzeit für die Invalidenversicherung erfüllt und Anspruch auf Aufenthalt hat. Damit wird es möglich für einen großen Teil von überarbeiteten Müttern, sich eine Erholungsstärkung zu gönnen.

Zunahme der wissenschaftlichen Frauenarbeit

Auf dem Jahreskongress des Spitzenverbandes der weiblichen Wissenschaft waren nahezu die Hälfte der Teilnehmerinnen Frauen. Auch wissenschaftliche Vorträge haben eine ganze Reihe von Frauen gehalten auf den Gebieten der Botanik, Physiologie, Nationalökonomie, Pädagogik, Geographie usw. Die Sektion der Erziehung ist besonders von einer Frau, der Herrschaftin von Althoff, geleitet worden.

Weltbund für Frauenstimmrecht.

Der Ausschuss für Frieden und Völkerverständnis des 2. Bundes für Frauenstimmrecht und gleiche Staatsbürgerschaft veranstaltet vom 17. bis 19. Nov. in Amsterdam Internationalität eine Studientournee. Es sollen die Gründe, die in Politik und Wirtschaft zum Krieg geführt und geeignete Abhilfemaßnahmen vorgeschlagen werden. Alle friedliebenden Frauen sind zu dieser Welttournee eingeladen.

Das Programm des Reichstags

Der Reichstag ist nunmehr endgültig auf Dienstag, den 18. Oktober, auf 6 Uhr mittags einberufen. Erster Punkt der Tagesordnung der Entwurf des Schulgesetzes, der bis dahin im Reichsrat verhandelt sein wird. Der Reichsrat fällt in dieser Woche zwei Kollisions aus, eine am Donnerstag nachmittag zur Erledigung der Befolgungsreform, die am Freitag, 11 Uhr vormittags, zur Verhandlung des Schulgesetzes. Da das Schwerkernicht in den 2. Schluß des Reichstages liegt, ist nicht anzunehmen, daß Reichstagsplenarium noch größere Veränderungen an den Schluß der Ausschüsse vorgenommen werden. Das Reichskabinett wird am Ende der Woche sich darüber schlüssig machen können, inwieweit es seine eigene Vorlage nach den Beschlüssen des Reichsrates umgestalten soll. Im Reichstag wird die erste Lesung des Schulgesetzes voraussichtlich im Tage in Anspruch nehmen. Es soll dann die Beratung der Befolgungsreform und des Kriegsgesetzgebungsengesetzes folgen.

Zur Vereinfachung der Wassertrahnen

Die Wünsche der Binnenwirtschaft.

Bei der Hauptversammlung des Zentralvereins der deutsche Binnenwirtschaft in Duisburg wies der Hauptgeschäftsführer, Ewald Erich Schreiber, bei seinem Vortrag „Binnenwirtschaft und Wasserstraßen im Rahmen der deutschen Verkehrs- und Wirtschaftspolitik“ auf die Unzulänglichkeit des jetzigen Zustandes hin. Es sei eines der unzulänglichsten Kapitel der deutschen Verfassungsgeschichte, die Reichswasserstraßenverwaltung. Jedes Jahr nach dem freizutreten der Reichsverfassung immer noch als ein Zeichen schwerer, bedeutungs- und verantwortungsvoller 9. 25. wackeln müsse. Man könne es der deutschen Binnenwirtschaft, auf deren Rücken der Streit um die Organisation der Wassertrahnenverwaltung ausgetragen werde, nicht übeln, wenn sie nunmehr energisch geänderte Absichten fange.

Neues vom Büchertisch

Dieter, Geschichte im Harz, brosch. 1,25 RM, Gothein 2. — RM, 112 Seiten, Text, 3 ganzseitige Bild und eine Karte. C. Dammhaupt Verlag, Dessau.

Im Jahre der 150. Gedenkschrift der ersten Goethe-Expedition erscheint in bedeutend erweiterter Gestalt bereits beim ersten Ercheinen freudig begrüßte Büchlein des bekannten Heimatforschers Friedrich Dieter weil Es ist sogar um Handzeichnungen von Goethe und Carl erkeuchlich bereichert. Um die eigenen Auslegungen über seine viele Darstellungen, wie wie sie in den Briefen seine Worte, in den Tagebüchern und Almanachen, in Campagne in Frankreich und vor allem im „Faust“ hindrängen sich Anlässe des Herausgebers, die dem Werke ergiebigere, vertiefte zum Verständnis des Menschlichen Geistes und der Eigenart des Harzes führende Form geben. Die hat sich in den letzten Jahren viel um Goethe, Faust u. den Harz immer wieder werdend bemüht; aus seinem Briefwechsel und Briefen, formvolle Welterklärung 1. gemalteten Materials. So wird dieses auch drucktechnisch als geschickelt ausgefallene Buch wieder viele Freunde finden und mannigfache Freunde bei allen erweisen, die irgendwo Beziehungen zu Goethe und zum Harz gefunden haben.

Politische Notizen

Demokraten und der Anschlag

Eine Stimme der Aufstrebenden.

In dem Staatsangehörigkeitsgesetz, das die Deutsche Demokratische Partei als Initiativgesetz im vorigen Reichstag eingebracht hat, findet das Zentralorgan des Osterreichs-Deutschen Volksbundes in Berlin u. a.: „Im Gegensatz zu dem stiefmütterlichen Versehen aller Deutschen, im Gegensatz zum ja bestimmten, von der Entente aufgehobenen Beschlüssen der Weimarer Nationalversammlung, die zwangweise aufrecht gehaltenen Benutzungen zogen zwischen den Deutschen im Reich und denen Österreichs in der Praxis möglichst unzulässig zu machen, lieber die Bestimmungen der Reichsverfassung, betreffend die Naturalisation in Deutschland. Die deutsche Verfassung kennt keine Reichsbürger, sondern nur preussische, bayerische, sächsische u. s. w. Staatsbürger. Dieser deutsche verfassungsmäßige Nationalismus liegt an sich dem Einheitsgedanken im Wege. Aber von besonderer Bedeutung sind die gesetzlichen Bestimmungen über die Einbürgerung von Ausländern, also auch von Auslandsdeutschen, also auch von Österreichern. Abgesehen von den von den hohen Kosten, die man Staatsgenossen auferlegt, die nur die Macht anstufstufendlicher Staaten noch zu untreut, ist das von der partikularen Staatsbürgerpflicht in jedem einzelnen Falle abgeleitete Naturalisationsverfahren ein böses, schlechter Witz. Nicht der in Berlin oder Frankfurt am Main dauernd lebende Österreicher sein Gehör an der preussischen Stelle ein, so müssen von dieser die sämtlichen Bundesstaaten um ihre Zustimmung befragt werden, und nicht ohne dem langwierigen Vorgang ist das Verfahren durchzuführen! Daß hier aber da oder dort auch bedeutende parteipolitische Gesichtspunkte für eine Abmilderung maßgebend werden — braucht kaum gesagt zu werden.“

Wie man im vertrauten Kreise spricht.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ sprach am Freitag, dem 7. Oktober in einem geschlossenen, deutschen Nationalen Versammlung in Erfurt im „Reichs Hof“ Graf Westarp. Anwesend waren außer ihm noch die Mitglieder der deutschen Nationalen Reichstagsfraktion, Faberens, Oberhofen und Reich. Graf Westarp führte aus, daß nach den Meinungen der Deutschen, als für die Partei (1) in den Reichstagsfraktion stehen müßten, um die Parteien der Mitte zu zwingen, ihre Politik mit ihnen zu machen, und zu verhindern, daß die Sozialdemokratie wieder zur Macht kommt. Nach ihm sprach der deutsche Nationalen Reichstagsabgeordnete Kämmer. Unter anderem erklärte der Redner: „Mögen die Gewissheiten in Euch werden, was sie wollen, wenn sie vor alle treuend zusammenkommen; wenn es aus Zeichen geht, dann ist von der Liebe nichts mehr zu machen.“

Briefe aus Bonn.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte verurteilte den Vorführer der Gewerkschaftsbewegung des Kreises Sigmaringen in der Person, Major a. D. Wabbe, wegen Verletzung des schweizer Bundesgesetzes von 1870 über die Verletzung eines großen Vertriebsvertrages, den er durch den allgemeinen Interessen des Landes angeht, auf das schweizer Verbot worden sein. Es handelte sich bekanntlich um den Prozeß, der sich an den von Major a. D. Wabbe verhängten gewerkschaftlichen Verbot angeht. Der Öffentlichkeit ist wohl allgemein das Urteil als ein sehr mildes erschienen. Nur die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einem „unverhältnismäßigen Gerichtsurteil“, von „der Verächtlichkeit der Motive unsozialer Männer“, nicht es „auf das entscheidende zurückweist“ und erklärt: „Mit aller Schärfe muß dahin gewirkt werden, daß sich bezügliche Eliten nicht etwa an preussischen Gerichten einbürgern.“ Man erkennt in diesem ausgelegten Gerichte die aufrechte Verwendung, darüber, daß der Kampf, den der Jugenddeutsche Euben gegen deutschnationalen Vorhoff aufgenommen hat, mit Entschiedenheit durchgeführt wird. Daß man auf deutschnationaler Seite staunt, wenn ein deutschnationaler wegen solcher Nachrede die verdiente Strafe erhält, ist bezeichnend genug.

Schmähungen des „Bayerischen Vaterlands“.

Das „Bayerische Vaterland“ hat in einem Artikel an Verachtung die Weimarer Verfassung und die Farben Schwarz-Weiß-Gold in unerhörter Weise beschimpft und schließlich zur Verhöhnung der neuen Reichsarbeit das bekannte Schmähgedicht vor seine abgedruckt. Anmuth ist gegen den verantwortlichen Schriftleiter des Blattes wegen Vergehens gegen das Republikusgesetz in Frage erhoben worden.

Bekanntwerden des Reichsanwaltschaften.

Wegen Verletzung des Reichsanwaltschaften Dr. 30 a. 1, wurde der Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Major a. D. Barthel in dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte zu 700 Mark Geldstrafe oder weil wegen Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung bestand in der Veröffentlichung des bekannten Schreibens des Reichsanwaltschaftenpräsidenten a. D. und Reichstagsabgeordneten Dr. Wolf an den Kardinal-Erzbischof Dr. Faulhaber als Angehörigen des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die fälschliche Historisierungen. Darin wird dem Reichsanwaltschaftenpräsidenten a. ein „schamloser Betrug“ gegenüber einer armen aufnahmungsinstanz vorgeworfen, auf deren Kosten Dr. Wabbe mit einer Inflationshypothese seine Villa erworben haben sollte. In dem Urteil wird festgestellt, daß es sich in der Hypothese der Hauptmannsinnige ganz anders verhalten, als in dem Artikel angegeben wird. Dem Reichsanwaltschaftenpräsidenten wurde die Publikationsbefugnis des Urteils in mehreren Zeitungen zugesprochen.

Ministerialrat Weber — der „zweite Bismarck“.

Der Landesverband der sächsischen Schloßierinnungen in den letzten Handwerkskongress und seinen Finanzminister Weber zum Ehrenmitglied ernannt, eine Ehre, wie die deutschnationalen „Dresdener Nachrichten“ behaupten, bisher nur noch einem Minister zuteil wurde, nämlich Bismarck. Der Unterschied zwischen dem ersten und

Die Preisgabeder gewerblichen Mieter

Abfuhr der Wirtschaftspartei

Auf Veranlassung des Reichstages für Handel und Gewerbe (Gruppe Halle) behandelte der demokratische Landtagsabgeordnete Hoff-Kiel in einer öffentlichen Versammlung das Thema „Die Preisgabe der gewerblichen Mieter“. Abg. Hoff hatte bei den Landtagsverhandlungen über die bekannte Verordnung des Volksfahrministers, die die Mieter gewerblicher Räume jeglicher Größe zugunsten der Vermieter entleere, als Sprecher der demokratischen Landtagsfraktion sich in besonders energischer Weise um die Abwehr oder Milderung der Härten besagter Verordnung bemüht. Er hatte dabei wiederholt auf die voranschreitenden geradezu katastrophalen Folgen und die damit eintretenden Ersehnungen eines

rückwärts betriebenen Mietwunders

hingewiesen. Und wie recht er gehabt hat, geht aus den seit Eintritttreten der Mieter-Verordnung auch in Halle eingetretenen unerhörten Steigerungen der Miete für gewerbliche Räume hervor. Folgende Tabelle bringt ein anschauliches Bild von Mietssteigerungen, die nur mit dem Wort Wunder charakterisiert werden können.

Reichsmiete:	Gesetzliche Miete:	Reichsmiete:	Gesetzliche Miete:
4000.—	8000.—	2000.—	6000.—
1800.—	3400.—	3200.—	6500.—
550.—	1000.—	2500.—	6800.—
1000.—	3800.—	1500.—	4200.—
1200.—	3000.—	1600.—	5000.—
1500.—	3000.—	1500.—	8000.—
1250.—	3000.—	1400.—	17000.—
1650.—	3000.—	1800.—	5200.—
4000.—	12000.—	7500.—	14000.—
3000.—	14000.—	9000.—	9000.—
1700.—	19000 (bzw. 4000 u. 2000 Abfland)	2400.—	5000.—
30000.—	50000.—	9000.—	11.5000 Abfland 22000 ufm. ufm.

In der Veranlassung, die vom Reichsminister des Reichstages für Handel und Gewerbe geleitet wurde, gab Abg. Hoff ein getreues Bild der Verhandlungen über die Verordnung des Reichsministers und der Stellung der Parteien. Von allen (wenn man die Beteiligung auch in diesem Zusammenhang gebrauchen sollen) bürgerlichen Parteien ist die

Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei

im preussischen Landtag die einzige gewesen, die sich für die Aufrechterhaltung des Gehüges und der Rechte der gewerblichen Mieter mit allen Kräften einsetzte, von allen Reichsparteien aber und insbesondere von der sogenannten Wirtschaftspartei dabei schmächtig im Stich gelassen wurde. Schon bei den Kabinettsberatungen über die Mieter-Verordnung habe der preussische Handelsminister Dr. Schreiber die stärksten Bedenken gegen diese Politik und eine zu erwartende vermehrte Vorklage der Mieter gewerblicher Räume, die schließlich zur Entpreisveränderung zahlreicher besonders kleiner Gewerbetreibender führen müßte, hingewiesen. Im Einverständnis mit Vorfragen der Wirtschaftspartei habe er (Hoff) dann und während der Reichstagsfraktion zur Veranschaulichung der gewerblichen Räume aus der Zwangsverpflichtung die gefährlichen Bestimmungen zu befestigen und besonders skandalen gefordert, die Wucherereisenungen, wie sie nun zutage treten sind, eingebremt zu werden. Alle solche Forderungen seien abgelehnt und von vornherein gerade

von der Wirtschaftspartei zerstückelt worden.

Schon die Veranlassung, oder, besser gesagt, die Möglichkeit einer Vorlage der Mieter-Verordnung sei auf die Wagnisaktionen der Wirtschaftsorganisationen, der Volkspartei und der Wirtschaftspartei im Reichstags zurückzuführen. Denn unter der Regierung Luther und Schlieffen sei beschlossen, daß die Landesoberbehörden Verordnungen zur Veranschaulichung einzelner Bestimmungen aus dem Reichs-Mietengesetz und aus der Zwangsverpflichtung erlassen könnten. Keine der Reichsparteien und im

Besonderen nicht die Partei, die als angehende Wirtschaftspartei doch gerade für die Aufrechterhaltung und den Schutz der kleineren wirtschaftlichen Betriebe, also für den Mittelstand eintreten müßte, habe Verständnis dafür aufgebracht, daß bei der herrschenden Lage von Angebot und Nachfrage für zahlreiche Mieter von gewerblichen Räumen ihre wirtschaftliche Existenz von der Möglichkeit des Bestehens in den gemieteten Räumen abhängig und daß diese infolge der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mal in der Lage seien, die Kosten für einen Umzug aufzubringen. Infolge der rigorosen Bestimmung, die jetzt bei der Verordnung Platz gegriffen, hätten sich viele kleinere Gewerbetreibende zur

Zahlung von Mietszinsen pressen lassen,

die weit über die Möglichkeit, solche Mieten aufzubringen, hinausgingen, die zahlreiche Mietsstands-Existenzen mit dem Ruin bedrohten und die als unermessliche Folge auch der unbemittelten Vertreibung aller Bedarfsartikel führen müßten. Wiederholt, so hob Abg. Hoff hervor, habe die Demokratische Partei den Erlaß von Aufhebungsbestimmungen gefordert, die die schimmlichen nach der Verordnung vom 17. 3. 27 eingetretenen Wucherereisenungen befeitigen müßten.

Nichts sei bis zur Stunde geschehen.

Bei Beginn der Landtagsverhandlungen wurde die Demokratische Partei diese Forderung aber erneut erhoben. Sie sei sich dabei durchaus bewußt, daß auch der solide Hausbesitzer kein Interesse an solcher Ausweitung der Existenzen des Mittelstandes habe, daß es vielmehr nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Vermietern sei, die in ihrer Profitgier vor nichts mehr Halt mache. Aber diesen Reuten müßte endlich das Handwerk durch genau formulierte

gesetzliche Bestimmungen gegen Mietwucher

gelegt werden. Dafür wurde die Demokratische Partei mit aller Energie eintreten. Sie habe den Erlaß des gewerblichen Mittelstandes für ein vaterländisches Gebot erster Ordnung. Die angehende Wirtschaftspartei verdiente diese Bezeichnung nicht, denn durch ihr bisheriges Verhalten im Reichstag und Landtag habe sie gerade vom Mittelstand zumunten einzelner Großbetriebe völlig preisgegeben.

Abg. Hoff erklärte für seine Ausführungen, die die Reichstagsfraktion so schärferten, wie sie liegen, starken Befall. Und wenn die augenscheinliche Wirkung seiner Worte noch etwas unterfuchen sollte, so waren es die vergeblichen Versuche einiger Anhänger der Wirtschaftspartei, diese Partei weiszuwachen und die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. In ganz vorzüglicher Weise wurden sie bei diesen Versuchen von einem Redner aus dem Reichen der Veranlassungsbefugter abgelehnt. Und als gar ein holländischer Stadtverordneter und Vertreter der besondern Hausbesitzerfraktion dazu aufforderte, bei den nächsten Wahlen nur nach Berufsinteressen zu wählen, konnte Abg. Hoff ihm unter dem einmütigen Beifall der Versammlung Trammachen, daß das einem Verdragen am deutschen Volke gleichkomme.

Kampf aller gegen alle

Jetzt kann die Folge und eine wirtschaftliche und politische Meinung unseres Vaterlandes unendlich. Es war spät, als der Veranlassungsbefugter schlafen konnte, aber alle Besucher hatten ausgeschlafen. In den Angeräumen gewerblicher Räume, das rief ihnen auch Abg. Hoff zu, ist es sich durch Zusammenfügen gegen die Vermittlung ihrer Existenz zu wehren und die schönen Werte der Wirtschaftspartei als das zu erkennen, was sie sind:

Eine politische Demagogie,

die auf Kosten des Mittelstandes betrieben wird.

dem zweiten Bismarck erscheint uns allerdings ziemlich bedauerlich, denn die Tätigkeit Webers ist bisher selbst für seine Anhänger aus der Wirtschaftspartei nur eine einzige Enttäuschung gewesen, da seine von allen Versprechungen, die die Wirtschaftspartei von einem Jahre vor den Wahlen machte, von Weber erfüllt worden ist.

Die Potsdamer Subvention für den „Stahlhelm“

Die Sozialdemokraten haben im preussischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, die sich mit dem Umbau der Wohnung des Oberbürgermeisters Naumburg für 12 000 Mark beschäftigt, mit denen der Oberbürgermeister, wie von deutschnationaler Seite betont wurde, für sein Verhalten in der Flagenfrage belohnt werden soll. Außerdem stellt die kleine Anfrage fest, daß die Stadtverordnetenversammlung in politischer einseitiger Weise sämtliche Mittel für den Stahlhelm, den Verwurf und andere Weisungsorganisationen verwendet habe.

Defensivität im Disziplinerverfahren.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat am 11. Oktober beschließen, zu dem Gesetzentwurf über Veränderung des Gesetzes über die Dienstvergehen bei den richterlichen Beamten die öffentliche Verhandlung einzuführen, in dem Wunsch des Landtages zu beantragen, daß auch bei den Disziplinerverfahren der richterlichen Beamten die Defensivität der Verhandlung eingeführt werden soll.

Englische liberale Parlamentarier in Berlin.

Zehn führende Mitglieder der Liberalen Partei Englands, überwiegend Parlamentarier, Abg. Sir Edward Stanbury, Sir Hubert Curzon, Mr. Nelson, Mr. Ansted, Abg. Mr. Wiggles, Abg. Mr. Carr-Jones, weilten in diesen Tagen in Berlin, wo sie insbesondere die industriellen und kommunalen Einrichtungen besichtigten. Sie standen dabei aber auch in enger Fühlung mit der Parteileitung der Deutschen Demokratischen Partei. Am Montag Nach-

mittag waren sie Gäste des Reichstagsabgeordneten Dr. Hermann Fischer-Kiel in seinem Heim in Grunewald. Anwesend waren ferner mehrere demokratische Parlamentarier, darunter der stellvertretende Vorsitzende der Demokratischen Reichstagsfraktion, Abgeordneter Celenz; ferner an sitzenden Vertretern der Reichstagsfraktion die Herren Präsident Hünig, Kommerzienrat Eberlein und Direktor Fischer. Im Laufe des Nachmittags war Gelegenheit gegeben, auch über die politischen Probleme ausführlich zu reden.

Ueberfüllte Schulklassen in Preußen.

Der Reichsgebäude hat sich an den preussischen Kultusminister gewandt und auf einen Beschluß des Landtages hingewiesen, demzufolge das Staatsministerium ersucht worden sei, die festgesetzte Schülerzahl, bei deren Ueberfüllung eine Volksschulklasse als überfüllt gilt, von 60 auf höchstens 50 herabzusetzen. Daraufhin hat der preussische Kultusminister eine Antwort erteilt, in der es heißt, daß der Antrag des Landtages, die festgesetzte Schülerzahl, bei deren Ueberfüllung eine Volksschulklasse als überfüllt gilt, von 60 auf 50 herabzusetzen, bei der wirtschaftlichen Notlage der Schulverbände zurzeit nicht nähergetreten werden kann.

Antimilitaristische Parteien.

Die Gruppe antimilitaristischer Parteien und Theologen in Deutschland zählt seit kurzem über 120 Befenner. Pfarrer H. Dr. Hartmann-Zöllinger, der bei der Gründung der deutschen Gruppe von der Annahme ausging, „daß von je 100 protestantischen Pfarrern 2 in der Welt hat, öffentlich Zeugnis abzuliegen, gegen die fatale Verbindung von Krieg und Christentum“, hat nicht schlecht gefallert. Auch im Freistaat Sachsen besteht bereits eine Gruppe antimilitaristischer Parteien und Theologen, die bekannte führende Persönlichkeiten angehören. An den antimilitaristischen Arbeitsgemeinschaften liegt es, die verheißungsvolle Bewegung zu fördern, damit die kriegsgewöhnlichen Zeugen Christi nicht „Effiziere ohne Heer“ bleiben.

Parteinachrichten

Wannensdorf, den 12. Okt.

In einigen Zeitungen ist mitgeteilt worden, daß die ermordete Sekretärin George Scheffaus, sel. von Mayer, früher in der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei beschäftigt gewesen sei. Demgegenüber wird richtiggestellt, daß sel. Katarina von Mayer, die seinerzeit die erste Geschäftsführerin des Demokratischen Reichsfrankenschiffes war, niemals als Sekretärin von Scheffaus tätig gewesen ist, sondern gegenwärtig an der Deutschen Hochschule für Politik wirkt.

Die Demokraten an Jan Hegter.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei (Koch, Erzeles, Hirsch) hat an den 75jährigen Jan Hegter als dem treuen Freunde, der zwei Menschenalter die alten demokratischen Ideale in seiner Heimat führend vertritt, und der jüngeren Generation ein Vorbild wurde, herzlichste Glückwünsche in Freundschaft und Verehrung überreicht.

Gruß für Hugo Kreuz.

Die Deutsche Demokratische Partei ließ am 9. Oktober am Grabe von Hugo Kreuz, dem Schöpfer der Weimarer Reichsverfassung, einen Kranz in den schwarz-rot-goldenen Reichsfarben zu Ehren des Verstorbenen niederlegen.

Siedlungsaktion für Kleinbauern und Landarbeiter.

Auf der Tagung des Bezirksverbandes Sinterkomment der Deutschen Demokratischen Partei hat nach Ausführungen des Landtagsabgeordneten Weimede der Parteitag Köselin die Parteileitung aufgefordert, die Siedlungsaktion in voller Ausdehnung aufzuführen, daß die Siedlungsmittel und die durch die Selbstverwertung verworbenen Kleinbauern und Landarbeiter (sowohl bei der Neubesiedlung, als auch bei der Anlieger-Siedlung) ausreichend berücksichtigt werden können.

Bezirk Magdeburg

Veranstaltungen

der Deutschen Demokratischen Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuss: Die nächste Sitzung findet am Montag, dem 24. Oktober, abends 7,30 Uhr, in den „Altsiedler Bürgerkäse“ statt.

Stammkreis für die Mitglieder der D. D. P.: Dienstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, Hotel „Weißer Hahn“, Weinstraße 6. Starke Beteiligung erwünscht.

Der erweiterte Bezirksverband des Bezirkes Magdeburg-Anhalt der Deutschen Demokratischen Partei tritt am Sonntag, dem 30. Oktober, vormittags punctum 10,30 Uhr in der „Freundschaft“ (Weinzer Saal 1. Etage) Prälatenstraße 32, zu einer sehr wichtigen Sitzung zusammen. Besonders diese Einladungen gehen ab Montag den Vorstandsmitgliedern zu.

Veranstaltung der Friedensgesellschaft. Auf Veranlassung des Friedensrats spricht Prof. Dr. L. D. L. u. d. e., unter dessen Leitung der Deutsche Friedensrat am 7. bis 9. Oktober in Erfurt stattfand, am Dienstag, dem 18. Oktober in einer öffentlichen Versammlung im „Wilhelmspark“ über das Thema „Was hat Stresemann in Genè erreicht?“

Dr. Hummel spricht am Sonntag, dem 23. Oktober, vormittags 10,30 Uhr in den Räumen der Deutschen Gesellschaft in Berlin, in einer von der Liberten Vereinigung einberufenen Versammlung über das Reichsschulgesetz.

Polizei-Oberst Bethge. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 wurde Polizei-Oberstabsrat Bethge zum Polizei-Oberst ernannt. Polizei-Oberst Bethge ist ein Magdeburger Kind. Wir beglückwünschen unseren lieben Parteifreund zu dieser Beförderung.

Magdeburgs neuer Flugplatz. In der nächstfolgenden Sitzung wurde nach längerer ausgedehnter Beratung, in deren Verlauf außer den Stadtratsmitgliedern Magistratsrat Weimede den Sachverhalt aus dem Oberbürgermeister Weimede das Wort ergab, mit großer Mehrheit beschlossen, das erneute Angebot der Stadtdirektion abgelehnt war, anzunehmen, nachdem die Verkäufer das frühere Angebot zugunsten des Käufers nicht unwesentlich geändert hatten. Das für den neuen Flugplatz vorgesehene Gelände wird eine Breite von 1000 Metern und eine Länge von 1400 Metern erhalten. Es bietet alle notwendigen Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, um für die Benutzung als Flugplatz dienen zu können. Durch diesen Beschluß der Stadtdirektion ist für die Zukunft die Befreiung endgültig beigelegt, daß Magdeburg auf Luftverbindungs-möglichkeiten

D. D. P.

Ortsgruppe Schönebeck

Mittwoch, den 19. Oktober
abends 8 Uhr im Stadtpark
gelber Saal

spricht

Landtagsabgeordneter Dr. Bohner

Wir erwarten starke Beteiligung.

ten Bericht leisten muß. Die Stadt hat durch diesen Beschluß einen eigenen Flugplatz erhalten, eine Aufgabe, die verglichen mit den gegenwärtigen Verhältnissen — der Flugplatz auf dem Cacaower Acker ist vom Militärkasern gepachtet worden — für die zukünftige Entwicklung Magdeburgs als Flughafen von weittragender Bedeutung ist.

Hindenburgbrücke. Zu Ehren des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten hatte der Magistrat der Stadt Magdeburg in seiner Sitzung vom 12. September beschloffen, der Archibride den Namen „Hindenburgbrücke“ zu geben. Der Polizeipräsident hat seine Genehmigung zur Umbenennung der Nordbrücke erteilt.

Wandtagsabberufung. Der der Deutschen Volkspartei angehörige Landtagsabgeordnete Artz-Kreuzburg (Ober-Schlesien) hat sein Mandat niedergelegt. Artz wurde im Zusammenhange mit dem Fall Haas mehrfach genannt. Die Rede gegen den Magdeburger Fabrikanten Haas ging, wie erinnerlich, von ehemaligen Angehörigen aus, die Artz war früher der Direktor eines der obersteilenden Werke der Firma Haas. Im Landtag hat Artz bestritten, daß er je gegen Haas Mordverdacht geäußert habe.

Landtagsabgeordneter Dr. Bohner spricht

am Sonntag, den 16. Oktober
vormittags 11 Uhr
in Egel
Gesellschaftshaus Teute.

Neuwahlendleben. In der letzten Kreisratssitzung wurde die Wahl des Landrats vorgenommen. Auf den kommunistischen Kandidat Dr. Lucas entfielen 15 Stimmen und auf den Gegenkandidat der Rechten 10 Stimmen.

Schönebeck a. Elbe. Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltete am Mittwoch, dem 19. Oktober, abends 8 Uhr, im „Stadtpark“ (Gelber Saal) eine Versammlung, in der Landtagsabgeordneter Dr. Bohner über das Reichsschulgesetz und über aktuelle politische Fragen spricht. Die Leiter unseres Blattes aus Schönebeck und Bad Salzungen sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Leuchtdamm. Montag, den 17. Oktober, abends 8,30 Uhr spricht im Saal „Zum bunten Lamm“ der anhaltische Landtagsabgeordnete Medizinalrat Dr. Mathias Bernburg über „Die Gegner der Demokratie, deren Ziele und unsere Aufgaben“.

Egeln. Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltete am Sonntag, dem 16. Oktober eine Kreisversammlung in der Egelner Gastwirtschaft. Der Vorsitzende Dr. Bohner und Parteifreunde nahmen daran teil. Vom Bezirksverband nimmt Stadtdirektor Dr. Böhrer an den Verhandlungen teil. Zu dieser Zusammenkunft sind alle Demokraten freundlich eingeladen.

Burg b. M. von Wulfen. Kreisversammlung, wurde vom Gericht wegen Körperverletzung zu 450 Mark und sein Sohn zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Beide haben einen Arbeiter aus Magdeburg, der im Gehloß des Herrn von Wulfen aus Piespuhl rettet hat, schwer mißhandelt. Für die Schwere der Mißhandlung ist die Strafe für die reizen Herren von Wulfen sehr gering.

890 000 Mark Provinzialmittel zur Förderung der Landwirtschaft in der Provinz Sachsen. In seiner Schlußsitzung hat der Provinzialausschuß aus dem Fonds zur Förderung der Landwirtschaft die nachstehenden Beihilfen (zu gleichen Staats- und Provinzialanteilen) bewilligt: Für den Regierungsbezirk Magdeburg: Zur Förderung von Kulturverbesserungen in den entwässerten Niedermoores durch Främen für Mutterkulturen 16 800 Mark, zur Anschaffung von Großkulturgeräten 11 600 Mark.

Außerdem sind aus dem Landesmeliorationsfonds (entsprechend den Staatsbeihilfen) 325 850 Mark bewilligt worden. Darunter befinden sich 62 000 Mark für den Wasserverband zum Ausbau der Seehäuser Linnitz und zum Binschloßdurchfluß (Land-Regulierung). Ferner 100 000 Mark für die Regulierung der Schwarzen Elster, 23 500 Mark für die Regulierung der Schwarzen Elster, 23 500 Mark für wasserwirtschaftliche Maßnahmen im Flußgebiet der Bode.

Schließlich werden aus dem Bodenverbesserungs-fonds für 1927 223 095 Mark bewilligt. Davon entfallen auf den Regierungsbezirk Magdeburg 115 000 Mark für die Wasserregulierung der Zees-Parutz-Abwässerung und 80 760 Mark für die Entwässerung des „Großen Brudes“.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gruppe Altstadt, veranstaltet am Sonntag, dem 22. Oktober, abends 8 Uhr im Restaurant Holz, Fischerstraße 22, eine Versammlung, in der Stadtdirektor Dr. Böhrer über Kommunalpolitik spricht. Reichsbannertraktanten von der Deutschen Demokratischen Partei sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Bezirk Halle

Halle. Deutsch-Demokratische Frauengruppe. Donnerstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, Zusammenkunft im „St. Nicolaus“. Frau Döring Dornschil spricht über: „Bernhard Shaw, geistig gesehen.“ Alle Gruppenmitglieder sind herzlich eingeladen. Gäste können eingeführt werden.

Halle. Deutsche Demokratische Partei. Der Wahlkreisverband Halle-Merseburg hielt am Sonntag einen aus den Bezirks-Wahlkreisen sehr gut besetzten Vertretertag ab. Der Vorsitzende Kenter konnte bei der Eröffnung

unter den erschienenen Parteifreunden auch Staatsminister Dr. Schreiber und mehrere höhere politische Verwaltungsbeamte aus dem Bezirk begrüßen. Die Verhandlungen der Tagung hauptsächlich die auf der Organisations-tagung der Partei in Bad Eisen gehaltenen Beschlüsse. Die Partei sollte sich von einem berechtigten Optimismus bei der Aufnahmefähigkeit der Vorbereitungarbeiten für die nächsten Wahlen leiten. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Beschluß der Vorsitzenden über die politische Tätigkeit der Partei legte der Wahlkreisgeschäftsführer, Dr. Böhrer, einen eingehend durchgearbeiteten Plan zur Reorganisation des Wahlkreisapparates vor. Die Beschlüsse sind einstimmig angenommen worden. Die Beschlüsse sind in der nächsten Nummer des „Halleer“ veröffentlicht und nochmals allen Ortsgruppenvorständen zuzustellen.

Halle. Kaufmann Albert Friedlaender. Friedlaender ist ein lieber, treuer Gefährte. Als Alt-Ademiter stand der Verstorbenen der achtzigjährigen Jugend besonders nahe. Ihrem Streben nach politischer Mitarbeit und der Zukunft und dem Ausbau der demokratischen deutschen Republik brachte er lebendig warmes Verständnis entgegen. Er war der Mittelstamm zwischen der akademischen Jugend und den älteren Gebildeten bei allen, die ihn kannten und schätzten, gewiß.

Halle. Dr. Karl Rieman. Ein weiterer herber Verlust traf uns durch den Tod dieses Freundes. Als Alt-Ademiter stand der Verstorbenen nach politischer Mitarbeit besonders nahe. Ihrem Streben nach politischer Mitarbeit und der Zukunft und dem Ausbau der demokratischen deutschen Republik brachte er lebendig warmes Verständnis entgegen. Er war der Mittelstamm zwischen der akademischen Jugend und den älteren Gebildeten bei allen, die ihn kannten und schätzten, gewiß.

Halle. Der Provinzialverband Sachsen des Verbandes der Hilfsschulen Deutschlands hält am 17. Oktober, abends 8,30 Uhr in Halle a. S., Hotel Hohenzollernhof, Magdeburger Straße 65, seine zweite Tagung ab. Es werden verhandelt: Die Hilfsschule im Rahmen des gesamten Unterrichtswesens, 1. Die Ausbildung des Hilfsschulstufes in der Zeit der allgemeinen Schulpflicht (Hilfsschule, Eltern- und Volksschule), 2. Die Ausbildung und Förderung für die Schwerfälligen bei besonderer Schulpflicht. Alle interessierten Persönlichkeiten sind als Gäste sehr willkommen.

Unsere Parteifreunde

bitten wir dringend, liberal in Hotels, Gasthöfen und Cafés, an Sitzungstischen und Jahrbuchhandlungen die

Mitteldeutsche Rundschau

zu verlangen, und uns Mitteilung zu machen, wo unsere Wochenchrift nicht zu haben ist.

Alle Republikaner und Demokraten unterliegen unter Weichenfeld durch einen freien Bezug, der beim Verlag Magdeburg, Breitenweg 139/140 oder beim Postamt zu bestellen ist.

Die Anwärter der Deutschen Demokratischen Partei bitten wir, Freunde und Bekannte zu veranlassen, die Mitteldeutsche Rundschau zu halten. Als offizielles Organ der Deutschen Demokratischen Partei bringt sie über politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fragen geistreiche und aufklärende Aufsätze. Sie ist die Waffe im Kampf um die Ziele und Bestrebungen unserer Partei!

Sie abtrennen

In das Postamt (Zeitungstelle)
(Unfankiert in den Briefkasten werfen!)

Bestellschein

Ich bestelle hiermit

Exemplare

Mitteldeutsche Rundschau

für den

Monat November

und bitte den Bezugspreis von 75 H. d. p. monatlich auswärts 6 G. d. p. festem Zustellungs-Gebühr durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.

Name:

Mohnort:

Straße:

Völkische Redner auf dem Stimmfang

Abgeordneter von Bremer als Rednerkünstler.

I Halle. Ihren überall bei den letzten Wahlen zutage getretenen völkischen Aufwachen besuigen die Völkischen jetzt durch Gewaltmittel aufzufangen. Als geeignet erachtet ihnen dazu die neuerdings besonders durch den demotrasischen Rennerverband forderungsauftrag ins Rollen gefommene geistliche Regelung der bisherigen Rentenversicherung und sie empfehlen sich auch hier als „Retter“. In Halle befragte der völkische Finanzpolitiker den Völkischen Verband der Provinz Sachsen einberufenen Rentnerversammlung der völkische Abgeordnete von Bremer etc. Durch ein freundlich gehaltenes Schreiben hätte man uns um einen Vertreter in der Versammlung gebeten. Aber gleich bei der Eröffnung mühte man erfragen, daß eine Ausprache auf die zu erarbeitenden Renten nicht gestattet werden könne. Und nun legte der darüber gesandte Herr von Bremer, der sich selbst als verantwortliche Finanzpolitiker bezeichnet, los. Schuld an der Not der Rentner sind natürlich die jüdische internationale Großfinanz und die Republik. Der „Jude“ Daves kam, um auch die Rentennot zu vergrößern. Der Reichsfinanzpräsident erhöhe den Defizit nur um zwei Drittel der internationalen Großbanken. Die Währungsreform habe alles Rentnerkapital geräubt. Alle Renten und Besen müsse man einfach unter Staatsaufsicht stellen und den Banken einfach das wegnehmen, was man der Rentnern zu geben habe. Wenn jeder Rentner und jede Rentnerin, so meinte der völkische „verantwortliche Finanzpolitiker“, monatlich durchschnittlich 2000 Mark erhalte, so mache das bei einer Gesamtzahl von 400 000 Rentnern etwa 80 Millionen aus, eine Kleinigkeit, die man einfach bei den Banken enteignen müßte. Der Juro, daß diese jährlich 900 Millionen aus, wurde mit einer glatten Sandbewegung beiseitegeschoben. Zum Schluß natürlich die große patriotische Geste, der Appell, der Staat müsse seinen Raub niederlegen und schließlich der dringende Rat, nur völkische Abgeordnete bei den nächsten Wahlen zu wählen. Hieran fuhr der völkische Herr von Bremer, ein Herr Dr. Trautmann, der mit gänzlich falschen Zahlen aus dem demotrasischen Rentner-Versorgungsauftrag operierte und dafür den völkischen Entwurf empfahl.

Trotz mehrfachen Erhaltens gelang es dem anwesenden demotrasischen Vertreter nicht, das Wort zur Widerlegung der hauptsächlichsten Unklarheiten zu bekommen. Nicht einmal eine Richtigeilung der dem demotrasischen Gegenantwort zur Zeit gelegten falschen Zahlen wurde gestattet. Herr Dr. Trautmann, der dem demotrasische Vertreter anlässlich der über den demotrasischen Entwurf bezüglichen falschen Zahlen persönlich stellen wollte, war verschwunden. In einer nach der Versammlung mit einer Anzahl der Befugten geführten Unterhaltung konnte man allerdings feststellen, daß die völkischen Redner bei ihren Stimmfangversuchen richtig eingeschlagen wurden. Man sieht aber, mit welchen Mitteln völkische Abgeordnete schon jetzt den Wahlkampf vorbereiten. Ihren gänzligen Zusammenbruch werden Sie damit aber genug nicht aufhalten.

Die Bezugsgebühren für das 3. Quartal.

Ist fällig, Gemäß unserer Ankündigung erheben wir die rückständigen Bezugsgebühren durch Postnachnahmen zurücklich.

Eingegangene Gelder: A. G. Möden 5 Mark, U. N. Rennerdorf 4,65 Mark, C. G. W. Gersten 8 Mark, A. F. Bürenwegen 27 Mark, H. G. H. Sobenerleben 4,65 Mark, D. M. Burg 1,15 Mark, H. G. Burg 7,80 Mark, M. D. Anstehen 6,45 Mark, W. F. Magdeburg 4,35 Mark, C. U. Burg 1,15 Mark, M. R. Himmendorf 6,60 Mark, W. G. H. Egen 4,65 Mark, N. R. Diefma 1,95 Mark, M. F. Schlegel 4,65 Mark, N. R. Wegmann 9,38 Mark, C. P. Dietrich 1,75 Mark, E. M. Lise 2,80 Mark, U. N. Truppel 1,38 Mark.

Am Einfindung der fälligen Gebühren wird freundlich ermahnt.

Beamtenfragen

Interrogationen für erweiterte Dienstprämien.

Auf die Anfrage der demotrasischen Reichstagsabgeordneten Himmendorf, Schmidt-Steglich und Genossen hat der Reichsarbeitsminister nachstehende Antwort erteilt: Mit rlag vom 29. Juni 1927 über die Gewährung von Interrogationen aus Anlaß erweiterter Zahlung der Dienstämtern oder der einmaligen Heberangestellte habe ich den Hauptverwaltungsämtern aufgegeben, den zur Durchführung der Sonderregelung etwa erforderlichen Mehrbedarf an Mitteln anzufordern. Auf Grund der vorgelegten Anfrage wurden den Hauptverwaltungsämtern insgesamt 266 000 RM zur Verfügung gestellt mit dem Erlaß eines Bedarfsfalls weitere Mittel zu beantragen. Dies ist bis nur von zwei Hauptverwaltungsämtern geschehen. Die Eröberung in der Auszahlung der Interrogationen ist unter auf Mangel an Mitteln als daraus zurückzuführen, daß die Verordnungsgebühren wegen der Festhaltung des Höchstes und des Goldmarkwertes der gezahlten Dienstämte mangels zureichenden Angaben der Antragsteller vielen Fällen suert mit den Reichsarchivstellen in Verbindung treten müssen. — Ohne diese genaue Feststellung, naturgemäß geraume Zeit erfordert, würde nach den geltenden Bestimmungen der Entlassungstag bei der Erstellung des Goldmarkwertes der Dienstprämie zugrunde gelegt werden müssen. Dies würde sich zwangsläufig sehr zu Ungunsten des Antragstellers auswirken, da der Interrogationsbetrag hierdurch verringert würde.

verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig G. m. b. H., Magdeburg. — Druck: Buchdruckerei Verleger & Co. G. m. b. H., Dessau.

Soziales

Seine Mietsberhöhung.

Altmlich wird gemeldet: In der letzten Zeit ist in der Presse vielfach die Behauptung aufgestellt worden, daß weitere Mietsberhöhungen bevorstehen. Für solche Behauptungen fehlt jede sachliche Grundlage. Die zuständigen Stellen sind mit dieser Frage überhaupt nicht befaßt. Es ist insbesondere zum 1. April 1928 nicht mit einer Steigerung der Miete zu rechnen.

Zur Gewerbesteuererhöhung für 1928 in Thüringen.

Die Gewerbesteuererhöhung für 1928 wird voraussichtlich auf der gleichen Basis wie für 1925 aufgebaut werden, d. h. neben der Einheitsabgabe von vierfünftel 2.-Mk. pro Betrieb werden 3 vom Hundert vom Gewerbeertrag und 2 vom Tausend vom Gewerbetatkapital erhoben.

Der GDA gegen die Steuerungs-Psychose

Die Reichsfinanzdirektion der Gauleiter des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, GDA, in Berlin vom 10.-12. Oktober nahm an a. zur gegenwärtigen Wirtschaftslage Stellung. Folgende Entschlüsse sind einstimmig angenommen:

Die Erhöhung der Beamtenbezahlung hat zu einer Steuerungspsychose in der Wirtschaft geführt. Die Beförderungserhöhung hat eine Ersetzung der Kaufkraft und eine leistungsfähigere Kaufkraft ausgeführt. Ihre Auswirkung durch ungerechtfertigte Preissteigerungen ist eine fürsätzliche Gefährdung der Wirtschaft. Sachliche Gründe für dieses Vorgehen sind nicht gegeben. Steuererhöhungen durch Reich, Staat oder Gemeinden aus Anlaß der Beförderungserhöhung sind nicht zu berechnen. Eine gleichzeitige Erhöhung des Gehalts- und Lohnniveaus der in Handel und Industrie beschäftigten Arbeitnehmer hat die Beförderungserhöhung nicht mit sich gebracht. Preissteigerungen werden also nicht nur die mit der Erhöhung der Beamtengehälter beabsichtigte Erweiterung des Absatzes, sondern einen auch die Kaufkraft anderer Bevölkerungsschichten ein. Daraus ergibt sich dann — unbedacht des grundsätzlichen Nennens um höhere Bewertung der Arbeitskraft — die Notwendigkeit der allgemeinen Anpassung des Entlohnen der übrigen Gehalts- und Lohnempfänger.

Die Reichsfinanzdirektion des GDA warnt die Arbeitgeber vor einer falschen Einstellung zur Marktlage. Das Fundament der rationalisierten Wirtschaft wird erschüttert, wenn eine Kaufkraftsteigerung, wie die Beförderungserhöhung der Beamten, durch ungerechtfertigte Preissteigerungen unrentabel gemacht wird.

Für internationale Angestellten- und Sozialpolitik

Unter dem Vorhild des Reichstagsabgeordneten Gullab Schneider Berlin, Vorkämpfer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, hielt der Internationale Bund neutraler Angestelltenorganisationen, dem 12 Verbände aus 8 Ländern angehören, einen internationalen Angestelltenkongress in Berlin ab. Eine große Kundgebung in der Berliner Stg-Academie bildete den Höhepunkt der Tagung. Die ausländischen Organisationen waren durch 24 Delegierte, darunter 5 französische, vertreten. Es präsidierte Jean Portier Paris, 2. Vorsitzender des Internationalen Bundes neutraler Angestelltenorganisationen über „Internationale Angestelltenrecht“, Max Wöhrler, Mitglied des Bundesvorstandes im Gewerkschaftsbund der Angestellten, Mitglied d. Reichswirtschaftsrates über „Die internationale Regelung der Arbeitszeit für Angestellte“, Maria Seltzerberg, Mitglied des Bundesvorstandes im Gewerkschaftsbund der Angestellten, Mitglied des Reichswirtschaftsrates über „Die Frau im Angestelltenberuf“. Der Vorsitzende betonte, daß die Verankerung wohl in erster Linie die Notwendigkeit der internationalen Angestellten- und Sozialpolitik beweisen solle, darüber hinaus diene sie aber in bewußter Weise der europäischen Weltverbrüderung und dem europäischen Frieden.

Direktor Thomas vom Internationalen Arbeitsamt war persönlich anwesend und sprach, für Verwirklichung eines Angestelltenstandes seines Staats zu wirken. — Die Bedeutung fand durch die vielen Abgeordneten der Verbände und Persönlichkeiten ihre Würdigung. Die Größe für das Reichsarbeitsministerium, das Reichswirtschaftsministerium und die preussische Staatsregierung übertrug Ministerialdirektor Dr. Zieger, für die Stadt Berlin Stadtrat Mühl, für die Gesellschaft für soziale Reform Professor Sebde. H. o. haben wir Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Preussischen Handelsministeriums, des Preussischen Wohlfahrtsministeriums und vieler anderer Aemter.

Briefkasten

Lehman. Die Ihnen gewordene Darstellung ist falsch. Der Zeitungverleger Lamprecht aus Gommern wurde vom Stadterverordnetenversammlung und des Magistrats in Gommern zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hat Lamprecht Berufung eingelegt und er wurde in der Berufungsinanz zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Urteil aus der ersten Instanz ist also aufgehoben.

Satzwedel. Der Verleger und Herausgeber der Mitteldeutschen Presse in Stuttgart, Hans Hottenrott, hat sein Unternehmen an einen Herrn Wisemdel verkauft. Solten vor ist durch seine schönen Auftritte an die nationalen und völkischen Kreise bekannt. Er hat es vorzuziehen, für sein Unternehmen den Königbeutzel zu führen. Die Aufgabe seines Presseunternehmens beweist jedoch, daß ihr seine Kreise nicht mehr unterfüßt haben. Die Mitteldeutsche Presse will sich umstellen. Sie führt den Interieur: Tageblatt für Stuttgart und Leopoldshaus. Die neuen Herausgeber wollen mit dem Mantel der Unparteilichkeit das wahrheitsgemäß heruntergekommenes Geschäft wieder heben.

Magdeburg A. 2. Die geistliche Miete ist bekanntlich vom 1. Oktober 1927 an von 110 auf 120 Prozent er-

höht. Sie wird wie bisher von der tatsächlich am 1. Juli 1914 gezahlten oder später vom Mieteneinigungsamt festgesetzten Miete berechnet. Die 120 Prozent sind von der „einen Friedensmiete“ zu berechnen. Liebenmiete der Mieter die Schönheitsreparaturen, so ist er berechtigt, 4 Prozent abzuziehen. Neben der Miete sind durch folgende Ausgaben die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizungen, Warmwasserbereitung und sonstige Nebenleistungen von Mieter zu erstatten. Die Umfragen richten sich nach der reinen Lebensmiete. Wenn der Mieter eine Miete vereinbart hat, die die geistliche Miete übersteigt, so werden dadurch seine Umfragen nicht erhöht. Ferner sind die Gemeindefürsorge für Grundvermögenssteuer, soweit diese 100 Prozent der staatlichen Grundvermögenssteuer übersteigt, zu zahlen.

Endenburg A. Die Beurteilung des bekannten völkischen Zahnarztes Otto Brademann ist durch die Presse bereits bekannt geworden. Wir haben die Bemerkung des Herrn Brademann nicht so tragisch und deshalb hierzu keine Stellung genommen. Nach der uns vorliegenden Zeitungsmeldung soll Herr Brademann dem Polizisten gegenüber geäußert haben: „Wissen Sie sich einmal aus. Der weiß, ob nicht der Zeist in der Uniform steht. In dieser Republik ist ja alles möglich.“ Ferner soll Herr Brademann, zu dem Schatzmann gehendet, erklärt haben: „Mit Guter Herrlichkeit wird es bald vorbei sein!“ — Die Völkischen sind des launlich immer ein bißchen freizügig und wenn sie mal geistlich betonen werden, finden sie in der Regel milde Richter. Brademann wurde wegen groben Unfugs zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Hotels geben nach

Eine Rücksprache, die am 10. Oktober zwischen dem Verein Berliner Hotel- und verwandter Betriebe, dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann und dem Staatssekretär des Preussischen Staatsministeriums Dr. Weismann stattgefunden hat, hat zu folgendem Ergebnis geführt: Es wurde festgestellt, daß der Verein Berliner Hotels niemals eine Mißachtung der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge Ausdruck gegeben und keine verfassungsfeindliche Kundgebung veranstaltet hat. Der Verein wird den Wünschen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung entsprechend sich dafür einziehen, daß künftig in allen Fällen, in denen aus nationalen Anlässen geflaggt wird, die Reichsflagge gesetzt werden. Ebenso werden die Reichsflaggen, eine fremde Staatsflagge aufzuführen.

Die preussische Staatsregierung wird infolgedessen das Ersuchen des Ministerpräsidenten Braun, das beiderzeit ergeht, und die daraufhin herausgegebenen Verfügungen der Staatsminister zurückziehen. Durch diese Mitteilung ist der Flaggenfriede in Berlin geschlossen. Der Streit entstand, weil die Hotels sich weigerten, die Reichsflagge Schwarz-rot-gold zu zeigen. Die völkische Neutralität führten sie dafür als Grund an. Diese Weigerung haben die Hotels jetzt aufgegeben und es ist vor allem der energischen Haltung der preussischen Staatsregierung und des Berliner Oberbürgermeisters zu danken, wenn die Hotels nun auf den hier völlig unangebrachten Begriff der völkischen „Neutralität“ verzichtet, und wenn sie jetzt die Reichsflagge Schwarz-rot-gold zeigen. Wenn sie daneben auch noch die schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit der schwarz-rot-goldenen Wöbel zeigen wollen, so können sie sich dabei auf die Weimarer Verfassung berufen, die diese Flagge als Handelsflagge zugelassen hat. Zumeinlich sollte das ein Anlaß sein, einmal ernstlich nachzudenken, in welchen Fällen es überhaupt angebracht ist, und wer berechtigt ist, die Handelsflagge zu führen. Das doch nützlich der Reichsverkehrsminister Krosch erklärt, daß auch für die Luftfahrt die Handelsflagge zulässig ist. Wer von den Hotels außerdem noch schwarz-weiß-rot zeigen will, der tut dies aus Privatvergnügen.

Preußen hat den Kampf durchgeschlagen, um der Verfassung einen würdigen Ausdruck zu geben. Niemand hat jemals daran gedacht, die Hotels, wie es von einem Teil der Reichspresse behauptet worden ist, unter einen Gefinnungsterror zu zwingen. Die politische Stimmung und der Stimmungszettel der Hotelbesitzer hätten nie Anlaß zu Unabänderlichkeiten gegeben. Nun sollen auf den Flaggenmatten der Hotels die Reichsflaggen sichtbar werden, und damit haben sich die Hotels zwar spät, aber noch nicht zu spät, zu der einzig möglichen Erkenntnis durchgerungen.

TORPEDO

Die Unverwüßliche mit leichtestem Anschlag



FÜR BÜRO UND REISE

TORPEDO FARBDRUCKER/SCHREIBMASCHINEN WELLMERKE A. G. WANNENAU AM MAIN-RODLAGER

Konsum-Verein

für Magdeburg und Umgegend
Ecke Petersstraße

Jakobstraße 42

Jakobstraße 42

Damen-Konfektion Herren-Konfektion

Mädchen-Mäntel in allen Größen . . . 16.00 12.50 11.50	Herren-Ulster große Auswahl 80.00 72.00 61.00 58.00 48.00 43.00	38.50
Backfisch-Mäntel in fische Form, mit und ohne Pelzbesatz 25.00 20.00 15.75	Herren-Paletots schwarz, mit Samtkragen 78.00 68.50 62.00 58.00	47.50
Damen-Mäntel in Ottomane und Velour de laine 48.00 38.00 32.50	Burschen-Ulster alle Größen 62.00 55.00 44.50	38.50
Frauen-Mäntel in allen Weiten, reiche Auswahl 48.00 38.00 34.00	Herren-Anzüge farbig, große Auswahl 80.00 65.00 58.00 45.00	38.00
Loden-Mäntel 28.00	Herren-Anzüge blau Kammingarn, prima Qualität 90.00 82.00 78.00 72.00	69.00
Gummi-Mäntel 28.50 24.00	Burschen-Anzüge farbig, blau 43.00 38.00 28.50	17.00
Mantel-Stoffe in Ottomane, in schwer. Qualitäten 10.90	Loden-Mäntel imprägniert 32.00 27.50	17.50

Schuhwaren

Damen-Lackschuhe 16.50 15.75 14.00 12.50 10.75	Kinder-Kamelhaarstiefel 5.00 4.40 3.50	2.85
Damen-Spangenschuhe Leder 11.00 10.50 9.25 8.50	Kamelhaar-Umschlagsocken 6.25 6.00 5.25	3.50
Herren-Stiefel 16.75 15.75 14.75 12.50 10.00	Kamelhaar-Niedertreter 6.50 5.25	4.25
Herren-Halbschuhe 16.75 15.75 12.50 10.50	Kamelhaar-Stiefel 6.25 5.25	4.45

Salzquelle!

Jeden Sonntag:

Konzert

Inschließend

Tanzkränzchen.

Parkrestaurant Vogelgesang

Täglich Konzert!

Der Dahlienlor ist in voller Pracht

Fußbodenholzmatten Saloufien, Rolläden,

Reparaturen, Reparaturmaterial
Saloufiefabrik Schmidt,
gegründet 1871.

Magdeburg, Sehligeßstraße 24, Tel. 922

Zurückgekehrt

Dr. Manfred Goldstein

Facharzt für Nervenkrankheiten
Otto-von-Guericke-Straße 102
(zwischen Ulrich- u. Münzstraße)

Ahnen Sie

Worüber sich der Potsdamer Adel unterhält?
Wie die Frau Oberbürgermeister von Berlin die Arbeitslosigkeit bekämpft?
Und was ein märkischer Pastor dem Zigarrenreisenden erzählt?

Erraten Sie

Weichen Eindruck Graf Keyserling auf Domela
Was eine Schrippenkirche ist? gemacht hat?
Und was die Leipziger im Völkerschichtdenkmal treiben?

Verstehen Sie

Warum so viele Deutsche z. Fremdenlegen gehen
Warum die Heilsarmee d. Singen nicht lassen kann
Die Abneigung unserer Verbrecher gegen die Gefangenen-Fürsorge?

Wissen Sie

Wo der Welzen der deutschen Spiritisten blüht?
Wo man wegen beleidigten Gesichts bestraft wird
Wo Goethe simend und dichtend gewellt hat?
Und . . .

Wie man Prinz von Preußen wird?

Harry Domela
gibt Ihnen Antwort in dem von ihm im Gefängnis zu Köln Januar-Juni 1927 selbst geschriebenen Buche:

Der falsche Prinz!

Mein Leben und meine Abenteuer

von Harry Domela (über 300 Seiten stark und schön gebunden, kostet es nur Mark 2.80) zu beziehen von

Friedrich Wilh. Franke Verlag,

Köln-Lindenthal 44.

Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 86213

geg. Voreinsendung oder Nachnahme (Porto 0.50)

Bestellen Sie sogleich! — Der Umschlag wurde bereits gerichtlich beschlagnahmt!

Hotel und Restaurant Weißer Bär

Bes.: Ad. Thurnagel.

Tiesler & Unger

Inh.: Reinhold Poeschke

geg. 1861

Rauch- u. Schnupftabak-Fabrik Magdeburg

Fabrik u. Lager: Scharnhorststr. 5 am Bismarckdenkmal

Telephon: Amt Stephan 40231.

Filialen in Magdeburg: Berliner Straße 1 b

Schneekstraße 8

Schwertfegerstraße 2

Sternstraße 10

Gr. Diesdorfer Straße 242

in **Diesdorf:** Magdeburger Straße 11

in **Gommern:** Salzstraße 77

Kein Laden! Großer Herbstverkauf! Kein Laden!

Steigen Sie 2 Treppen! Sie sparen viel Geld!
Eigene Fabrikation, direkter Verkauf an den Kunden unter Ausschaltung des Zwischenhandel, daher niedrigste Preise!

Herren-Winter-Mäntel in allen Formen, la Stoffen, erstklassige Verarbeitung 26.-, 32.-, 45.-, 57.-, 65.-

Herren-Winter-Joppen in 2reih., Sport oder Halbsport, ganz gefüttert, mit Mufftaschen 12.-, 17.-, 22.-, 28.-

Unser Schlager! Reinwollener marine Kammingarn-Anzug 1- und 2reihig, la Verarbeitung 65.-

Zur Ball-Saison! Smoking-Anzug in tielschwarzen, guten Qualitäten Mark 55.- und 88.-

Schnellste Anfertigung dernicht am Lager befindlichen Groß, nach Ihrem Maß unter Berücksichtigung Ihrer besonderen Wünsche ohne Preisausschlag.

Gehörcke, Anzüge, Hosen in Stoff, Pilot u. Manchester. Breches, Windjacks, Regenmäntel zu bekannt billigen Preisen.

Auf Wunsch erleichterte Zahlungsbedingung.

Max Heymann

im Hause Breiter Weg 26, II gegenüber der

Optiker Rühnk Schönebeckstr.

Kein Laden! Etagegeschäft. Kein Laden!

Insertieren bringt Erfolg!

Wiwa-Kaffee er ist doch der beste
Trinkt **Willy Walter** Kaffee-Einfuhr und **Magdeburg** Röstkaffee-Fabrik
Großverbraucher wollen Gratismuster mit Engrospreisen fordern!

W. Trint
Inhaber des altbekannten Restaurants
Goldene Tasche
Gartstraße 6 Telefon 4711

Kohlen, Koks, Briquets, Holz und Grudekoks
stets in hervorragender guter Qualität liefern
Kornisch & Co. Magdeburg
Kölnher Str. 9, Fernspr. Nr. 10000 u. 317

Warme und kalte Küche
zu jeder Tageszeit
Festsaal

Conitzer & Co.
Aschersleben
Das führende Kaufhaus

Verbreitet unsere Wochenschrift durch den Verlag.

D. D. P. Fernsprecher 8095

Drucksachen für Industrie, Handel, Gewerbe, Behörden, Vereine und Privat in den modernsten Aufmachungen fertigt preiswert an

Weniger & Co.
G. m. b. H.
Dessau, Poststraße 9
Telefon 2077, 1361.

Konsum-Verein

für Magdeburg und Umgegend, e. G. m. b. H.

Am Freitag, dem 14. Oktober 1927, erfolgt die

Eröffnung

einer neuen Verkaufsstelle

Gr. Diesdorfer Straße, Ecke Flechtinger Str.

Wir haben das Lager neuzeitlich und unter Berücksichtigung der bisher gesammelten Erfahrungen eingerichtet u. bitten unsere dortigen Mitglieder um fleißige Inanspruchnahme. ■ ■ ■ Neuanmeldungen können ebenfalls dortselbst erfolgen.
Der Vorstand.

Das Denkmalschutzgesetz

Von Oberstudienrat Dr. V. H o j n e r, Mitglied des preussischen Landtags

Mit dem jetzt im Hauptauschuss des Landtags angenommenen Gesetz zum Schutz der Denkmale folgt Preussen etwas früher dem Beispiel anderer Staaten, darunter auch Japan und Rumänien, und auch einzelner deutscher Länder. Die Regelung wurde nach Trüben der verschiedensten Körperlichkeiten solange hinausgeschoben, weil die Grenze gerade hier besonders schwer zu ziehen ist und der ganze Denkmalschutz mehr eine Sache der Volkserziehung als der Volkseinkunft sein muß. Man behält sich daher in Preussen lieber mit Einzelbestimmungen der verschiedensten und nicht zu diesem Zweck gemachten Gesetze, hat sich jetzt aber doch zur Gesamtlösung entschlossen, weil auch die Frage des Naturschutzes drängt: sie soll unmittelbar im Anschluß an das Denkmalschutzgesetz gelöst werden.

Als Denkmalschutz ist die alte preussische Gemeindeordnung alles an, dessen geistlicher, wissenschaftlicher oder künstlerischer Wert seine Erhaltung wünschenswert ist. Die Aufstellungen darüber können von Geschlecht zu Geschlecht, ja auch von Provinz zu Provinz wechseln. Das neue Gesetz, verlangt über diese alten Bestimmungen hinaus, daß die Erhaltung im öffentlichen Interesse liegen muß, will also ein Zwieling verbinden. Dann wird unterschieden zwischen öffentlichen und privaten Eigentümern. Der öffentliche Eigentümer, Gemeindeglieder, Kirchen, öffentliche Körperlichkeiten, ist vor jeder Veränderung im Besitz oder im Wesen des Denkmals anzugehörig, beim Landesdenkmalrat, der die Genehmigung verweigern kann; sogar für die Umgebung eines unbeweglichen Denkmals, wenn sie im öffentlichen Besitz ist, gelten diese Bestimmungen. Veränderungen werden im einzelnen angeordnet, es gehört dazu z. B. auch die Einbringung von Ausstellungsgegenständen, die Anlage einer Damm-, einer Fehlbau-, eines neuen Gehwegs ist angeschlossen, ja sogar die Anbringung von Kleinfassaden. In den Gemeinden hat man aber abgelehnt, daß der öffentliche Besitz hier größeren Bestimmungen unterliegt als der private. Man hat darauf hingewiesen, daß die Gemeinden in der Regel die Hauptlast der Denkmalschutz trägt. Ich habe im Ausschuss an Oberbürgermeister Strudmann erinnert, dem allein Hildesheim die Erhaltung seiner alten Straßen und Häuser verbandt. Die Zustimmung der Gemeinden entfällt sich keineswegs im Staatsrat, der mit Mehrheitbeschlüssen die Genehmigung erteilt. Man konnte aber den Gemeinden sagen, daß das Regium der Denkmalschutz in der Provinz der Landesdenkmalrat, der den Denkmalschutz, auf dem Gebiete der Selbstverwaltungverwaltung sind; auf demokratische Anregung ist in das Gesetz aufgenommen, daß bei allen eine Eingekommene beschließenden Angelegenheiten ein Vertreter von ihm im Denkmalschutz zuzuziehen ist. Darf nicht die Bestimmung, daß in U. Erhaltungsinvestitionen auf Kosten des Eigentümers durchgeführt werden können, wenn er sie nicht selber vornimmt. Es ist aber ausdrücklich gesagt, daß dies nur für den künftigen Eigentümer gilt, und der wird in der Regel selbst dafür sorgen.

Nicht unendlich nehmen die Kirchen den Entwurf auf. Auf der evangelischen Seite und auf der katholischen hatte man wohl gelegentlich mit dem Aufstehen einer eigenen Denkmalschutzgesetz. Die kirchlichen Gebäude sind ja in erster Linie für gottesdienstliche Zwecke und nicht als Denkmale gebaut. Ausforderungen und gottesdienstliche können sich auch einmal widersprechen. In England ist die Kirche vom Denkmalschutz freigelassen. Umgekehrt hat Frankreich seit 1887 ein Denkmalschutzgesetz, das auch die Kirchen einschließt; in Frankreich sind aber die Kirchen in den Jahren vor dem Kriege in der schärfsten Weise vernachlässigt und teilweise abfällig zerstört worden, so daß der Schriftsteller Barres und der Bildhauer Rodin erschütternde Tatkunden in ihren Büchern über die französischen Kirchen mitteilen konnten. Wenn trotzdem auch von

den Kirchen dem preussischen Entwurf keine Schweregelegenheit gemacht wurden, ist das die Anerkennung für die großen Aufwendungen, die der Staat bei uns in den letzten Jahren gerade für die Erhaltung alter Kirchen gemacht hat. Das Gesetz wurde nicht mit einem Entwurf über die Bestimmung der Art der Kirchen, wenn ein solches Gesetz schon früher dem Staat vorgelegt zum Eintreten verhandelt hätte. Neu ist die Umschreibung auf den privaten Besitz. Hier wird eine Denkmalschutz gebildet, auf die ein privater Eigentümer selber Schritte von Wert aus seinem Besitz eintragen lassen kann; sie können aber auch gegen seinen Willen darauf gesetzt werden. Beide Male unterliegt er dann mit dem Denkmalschutz dem Gesetz, nur daß im zweiten Fall der Staat die Erhaltungskosten — also u. U. auch die Erhaltungskosten für das Schloß eines Outlets — zu tragen hat. Das ist gerechtfertigt, weil man ja den Besitzer zugunsten der Öffentlichkeit in seinem Besitz einschließt. Ein Hauseigentümer an einem historischen Markt kann sein Haus z. B. ohne Genehmigung dann nicht abreißen und ein größeres an seine Stelle setzen. England stellt unter Denkmalschutz von privatem Eigentum nur unbewohnte oder von Ausländer (Aufstufung) bewohnte Gebäude. Unser Gesetz geht auch auf beweglichen Besitz (Gemälde, Statuen, kunstverwerthbare Kleinodien usw.). Ganz besonders danken die Väter des Gesetzes an den ungenannten Schatz von Westfalen im Vaterland. Ich habe an dem Gesetz im Ausschuss eine Bestimmung über Enteignung vermisst. Dann die Erhaltungskosten vermisst. In U. sich als tatsächliche Ereignisse auswirken. Im Bremer Gesetz muß der Staat auf Verlangen des Denkmalschutz das Denkmalschutz ihm abtaufen oder wenigstens betreiben. Auf deutschnationaler Seite wurde die Anregung aufgenommen, so daß jetzt auch eine Bestimmung über Enteignung im Gesetz steht. Gewisse Schwierigkeiten liegen auch in der Denkmalschutz als solcher. In Frankreich hat das sogenannte Altessement dazu geführt, daß alle nicht-klassifizierten Objekte nicht geschützt wurden. Das Altessement wäre eine bloße Verwaltungsmaßnahme; in Altengland haben einzelner Denkmalschutz die Kirchen auf Grund des Inventarverzeichnisses fest gesetzt, das die Thüringer Verwaltung ausgeführt hat. Da in Deutschland sehr viel halböffentlicher (öffentlicher) Besitz in Privatband übergegangen ist, der nicht immer hochgemacht ist, ist die Räte nicht zu umgehen. Aber man wird sie klein und lebendig halten müssen. Ich habe aus dem rumänischen Gesetz eine Nachprüfung der Räte von fünf zu fünf Jahren angeordnet und bin damit durchgegangen. Aber bei den ganzen Bestimmungen über den Privatbesitz will gelten, was einzelner seit der Invention über die Hildesheimer Polizeibehörde zum Denkmalschutz sagte: Sie ist gut, aber es geht fort!

Ein großes Verdienst der Denkmalschutz war, daß nicht der staatliche Denkmalschutz immer etwas Gefährliches und Einseitiges ansetzt. Es wurde darum von allen Seiten verlangt, daß in den Denkmalschutz nicht nur Staatsbeamte, sondern auch Kirchenvertreter, sondern auch Vertreter der schaffenden Künstlerklasse. Die Aufgabe des Konservators muß nach je Jahr das Konzentrieren des von anderen Geschaffenen sein, und große eigene Schaffenskraft muß also für einen Konservator eher ein Hindernis im Beruf sein, die lebendige Verbindung mit der Kunst, die der schaffende Künstler mitbringt, verfallen allen wünschenswert.

Die Reichspost hat Zeit

Vorermittlungen über die Postbestellung

Der Reichsverband deutscher Postagenten hat sich an das Reichspostministerium gewandt mit der Bitte um

Sturz Janows, und man kann es verstehen, daß der gegenwärtige bulgarische Ministerpräsident von den Drombieren, die aus dem macedonischen Lager gegen ihn laut werden, zurückgedrückt und nicht der Entschluß zu entscheidenden Maßnahmen gegen die macedonischen Klubs und gegen die Freireaktion auferlegt.

Was aber ist es nun, was nach einer gewissen Zeit der Ruhe die macedonischen Vanden aus neue in Bewegung setzt und jeden Tag eine neue Gewalttat bringt? Der Anstoß dafür kommt offenbar aus zwei Richtungen. Die macedonische Bewegung kann nur so lange auf Wirkung rechnen, wie zwischen Belgrad und Sofia ein gespannter Zustand besteht. Jede Umänderung zwischen Jugoslawien und Bulgarien, jede Verhandlung über das trübselige Grenzgebiet führt dazu, dem Treiben der Klubs und ihrer ausführenden Organe den Boden zu entziehen, und das ist der Grund, weshalb aus dem macedonischen Lager nicht nur gegen den grundlegenden Gedanken eines Ausgleichs und einer engen politischen Verbindung zwischen den beiden Staaten agitiert wird, sondern schon gegen jeden bestehenden Schritt eine Teilverbindung. Die politische Entschädigung im jüdischen Mittelmeer hat nun aber in Belgrad wie in Sofia die Einfahrt in die Notwendigkeit einer gemeinsamen Front der Balkanstaaten in letzter Zeit weitestgehend gefördert, und dieselbe ist nicht zuletzt auf diesen Umstand die möglichste enge Verbindung der Komitatsschris zurückzuführen. Ein zweiter Einfluß kommt hinzu, und dieser Einfluß ist ganz unverkennbar. In Italien. Man erinnert sich an den Sommermonat der Klubs, die die italienische Politik in den italienisch-albanischen Konflikt geholt hat, der bis heute an den diplomatischen Versuch getrieben und dann nur mit sehr energiegeladener Nachhilfe der Großmächte wieder eingegriffen wurde. Demas wurde die aggressive, bloße Klubs an dem Balkan besonders stark erregbar, und die Triebkräfte dieser Politik werden sich besonders deutlich, die abschließenden, bedenkenswerten politischen und wirtschaftspolitischen Vorhaben, die ein größeres Stücken, die Verwirklichung des Mittelmeeres und das Ueberwinden über den nördlichen Schichten wollen. Für alle

Wirkung über die gestellten Verbesserungen bei der Postbestellung. Der Reichspostminister hat daraufhin jetzt Antwort gegeben, in der gesagt wird, daß die bisherigen Mitteilungen übertriebene Angaben über die von Post bestellten Verbesserungen enthalten. Wichtig ist nur, daß die Oberpostdirektionen der se n sollten, inwiefern die unter dem Zwang der günstigen wirtschaftlichen Lage der deutschen Reichspost den ersten Jahren nach dem Kriege vorgenommenen Verbesserungen eine Milderung erfahren könnten. handelt sich hierbei um Vorermittlungen.

Parteitag der Thüringer Demokraten

Gertrud Bäumer über die politische Lage.

In Meiningen fand am Sonnabend und Sonntag Wahlkreisparteitag der Deutschen Demokratischen Partei Groß-Thüringen statt. Die Tagung war aus allen Teilen des Landes stark besucht; am Sonnabend wurden in der Linie organisatorische Fragen behandelt, an deren Aussprache sich Hauptgeschäftsführer Stephan, Berlin, führe beteiligte. Als Wahlkreisvorträge wurde statt Ernst, das über die Geschäfte führte, Jens bestimmt; zum Vortragen wurde Dr. Ehlers, zum Schriftführer Verleger Großsen, Jens, bestimmt. Abends sprach im überfüllten Saal der Stadt Ludwig Ritter von Rudolph, Nürnberg, über das Reichspostgesetz. Die entscheidende Ablehnung des Reichspostgesetzes, die in einer einstimmigen angenommenen Entscheidung festgelegt wurde, fand förmlichen Beifall.

Am Sonntag vormittag sprach Frau Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R., über die politische Lage.

Für die deutsche Außenpolitik liegt die wachsende Gefahr durch die sich immer mehr steigenden Machtpotenzen der Nationalen. Schon heute ist deutlich zu sehen, daß die Nationalpartei und die Nationalen im kommenden Weltkrieg in einer Gegenstellung sich befinden werden. finanzielle Notlage der Länder habe plötzlich die Frage Neuorganisation des Reichspostgesetzes zwischen Reich und Land in den Vordergrund der politischen Diskussion gestellt. Dr. Bäumer hält die zu dieser Frage vom Nürnberg zur Göttinger Dr. Luppe gemachten Vorschläge zur Lösung von Reichspostfragen für durchaus unzulässig. Der 2. Reichspostgesetz über ein großes Preußen sei das nicht möglich, weil er die Gefahr der Mann-Staats herausgehoben werde. Der Gebante der Vereinfachung des Reichspostgesetzes, wirtschaftlich und ideell die demokratische Partei in den Vordergrund der politischen Diskussion gestellt werden.

Wichtigste Aufgabe sei Frau Dr. Bäumer nach dem Reichspostgesetz, wobei sie lebhaft eine Darstellung der gegenwärtigen parlamentarisch-politischen Situation dabei unterzog sie besonders die bedeutende Schmach der Sozialdemokraten einer jählichen scharfen Kritik. Die V. ist, die weltliche Schule durch Prekärie der Reichspostgesetz zu erlangen, sei ein Verzicht an einer günstigen und bisher von der Sozialdemokratie selbst am meisten Schulpolitik. Es sei hervorzuheben, daß sich die parteiliche Presse für die Idee der Gemeinheitsämter einem dem demokratischen Sinne sehr ähnlichen Standpunkt einsetze, während die Reichspostgesetz der Deutschen Partei durch die Bindung an die jetzige Regierungspolitik in ihrer Haltung sehr zurückhaltend sei. Nachdem man in dem Kampf gegen den Reichspostgesetz auf die Sozialdemokratie nicht mehr wesentlich werden rechnen können, eine Einigung des liberalen Bürgertums in dieser Richtung notwendig. — In diese Ausführungen schloß sich eine mündliche Aussprache an, der Wahlkreisparteitag forderte Reichspostgesetz auf, gegen den Neubehalten Eintritt an in der bisher im Reichspost beschlossenen Reichspostgesetz die stärkste Opposition zu führen.

Der Kampf der Komitatsschris

Von Dr. Fritz Dellerbaum, Berlin.

Es wäre falsch, die Ereignisse, die sich zur Zeit in Albanien abspielen, nur unter dem Gesichtswinkel zu betrachten, daß hier ein Volk, dem politisch nicht sein Recht zuzurechnen ist, um dieses Recht kämpft. Das historische Schicksal der Maceo-ber ist seit Jahrhunderten gewiß hart und unerschrocken gewesen, der Drang nach staatlicher Selbständigkeit hat niemals auf Vernichtung hoffen dürfen, aber was die fremde blutige Bewegung auslöst, immer wieder ansetzt und weiterreißt, ist keineswegs nur dieser Drang, ja, man kann wohl sogar sagen, daß der Gedanke an ein selbständiges Maceo-ber dabei nur eine beschriebene Rolle spielt. Die letzten Wahlen in Jugoslawien haben gezeigt, daß in Südserbien, wie man in Belgrad das macedonische Gebiet des jugoslawischen Staates nennt, eine eigene macedonische Wahlparole kaum aufgestellt worden ist, daß die Bevölkerung vielmehr in dem Wahlkampf durchaus parteipolitisch entweder für die Demokraten oder für die Radikalen eingetreten ist. In Südserbien nimmt man demnach auch, oder sogar man wenigstens bisher die macedonische Bewegung nicht als ein Volk; man war sich bemüht, jederzeit in der Lage zu sein, irgendwelcher bedrohlichen Ausschweifungen Herr zu werden, man hat die Probe auf dieses Gemisch bei mehreren Gelegenheiten sehr glücklich gemacht. Ganz anders liegen die Dinge in Bulgarien. In diesem Staat gehört zwar ziffermäßig der Heilige Teil der Maceo-ber, trotzdem aber ist hier die stärkste Bewegung und ihr lebhaftester Antriebs. Es gab eine Zeit, wo die bulgarische Regierung die Maceo-ber nicht nur genährte ließ, sondern sie geradezu als Vorposten bei ihren Expansionen benutzte und sie in einer Weise förderte die heute der Sozialer Regierung nachschauen ließ. Denn die Dinge haben sich seit der Zeit so entwickelt, daß die Maceo-ber nicht nur eine Macht, sondern die Macht im bulgarischen Staat wurden, und wie sie ihm ihren Willen aufzuzwingen, das beweist der Sturz des allmächtigen bulgarischen Bauernführers Stamboliski, die Selbstbehauptung und der

Wichtigste Aufgabe sei Frau Dr. Bäumer nach dem Reichspostgesetz, wobei sie lebhaft eine Darstellung der gegenwärtigen parlamentarisch-politischen Situation dabei unterzog sie besonders die bedeutende Schmach der Sozialdemokraten einer jählichen scharfen Kritik. Die V. ist, die weltliche Schule durch Prekärie der Reichspostgesetz zu erlangen, sei ein Verzicht an einer günstigen und bisher von der Sozialdemokratie selbst am meisten Schulpolitik. Es sei hervorzuheben, daß sich die parteiliche Presse für die Idee der Gemeinheitsämter einem dem demokratischen Sinne sehr ähnlichen Standpunkt einsetze, während die Reichspostgesetz der Deutschen Partei durch die Bindung an die jetzige Regierungspolitik in ihrer Haltung sehr zurückhaltend sei. Nachdem man in dem Kampf gegen den Reichspostgesetz auf die Sozialdemokratie nicht mehr wesentlich werden rechnen können, eine Einigung des liberalen Bürgertums in dieser Richtung notwendig. — In diese Ausführungen schloß sich eine mündliche Aussprache an, der Wahlkreisparteitag forderte Reichspostgesetz auf, gegen den Neubehalten Eintritt an in der bisher im Reichspost beschlossenen Reichspostgesetz die stärkste Opposition zu führen.

Die Zusammenhänge, die hier angedeutet worden sind, zeigen, daß es sich bei den gegenwärtigen Ereignissen keineswegs um eine lokal verhältnismäßig begrenzte, eine rein macedonische Angelegenheit handelt. Gemäß das Schicksal des zwischen Jugoslawien, Bulgarien z. Griechenland aufgestellten macedonischen Volkes hat z. B. einmal mit den Mitteln der Gewalt nicht mehr Frieden nach zu halten, läßt sich durch die Wohlmacht der macedonischen Vanden an benutzten erreichen, da die politischen Führer der macedonischen Klubs z. eigenen Interessen auf diese Weise gefördert seien, und sie umso leichter geneigt sein, solchen Einflüssen willfahren.

Die Zusammenhänge, die hier angedeutet worden sind, zeigen, daß es sich bei den gegenwärtigen Ereignissen keineswegs um eine lokal verhältnismäßig begrenzte, eine rein macedonische Angelegenheit handelt. Gemäß das Schicksal des zwischen Jugoslawien, Bulgarien z. Griechenland aufgestellten macedonischen Volkes hat z. B. einmal mit den Mitteln der Gewalt nicht mehr Frieden nach zu halten, läßt sich durch die Wohlmacht der macedonischen Vanden an benutzten erreichen, da die politischen Führer der macedonischen Klubs z. eigenen Interessen auf diese Weise gefördert seien, und sie umso leichter geneigt sein, solchen Einflüssen willfahren.

Bayerns Verwaltungshypertrophie

Ein Gemis der Besoldungsreform.

Von einem Reichstagsabgeordneten.

Der Besoldungsentwurf der Reichsregierung, der dem Reichsrat vorliegt, kommt dort nicht von der Stelle. Die Länder, mit Ausnahme Preussens, beharren darauf, daß das Reich ihnen die Mittel für die Beamtenaufbesserung zuteile. Die Gemeinden hängen sich an und fordern das-

Wie üblich, ist Bayern außer im Streit. Der bayerische Vertreter ist der geplante Abzug zuzunehmen der Besoldigen noch nicht hoch genug. Die Länder des Reichs von 2 zu 3 Jahren wünschen sie, zum Nachteil der Beamten, auf 3 zu 4 Jahre zu verschieben. Auch die Besoldungsbestimmungen von der alten zur neuen Regelung ist ihnen zu günstig.

Dabei ist die behauptete Finanznot der Bayern angeblich nötig, Absätze zu fordern, mit verführt durch die bayerische Verwaltungshypertrophie. Wie das Reich aus Not den harten Beamtenabbau vornahm, konnten bayerische Vertreter sich nicht genug tun in der Verhinderung solchen Eingriffs in die wohlverordneten Rechte. In Bayern aber ist inzwischen zur Reorganisation der Verwaltung so gut wie nichts geschehen, so daß in allen Zweigen eine Ueberbesetzung mit Beamten vorliegt. Für Dienste, die im Reich von mittleren Beamten gut wahrgenommen werden, sind in Bayern höhere Beamte nötig, wodurch den nachfolgenden Gruppen jedes Aufsteigen abgesperrt wird. Demgegenüber findet die bayerische Reichsregierung nicht den Mut zur durchgreifenden Reform und die ausschlaggebende bayerische Volkspartei, welche die besseren Beamtenstellen in Anspruch hat, sieht am wenigsten Anlaß, ihre Freunde zu beschützen. Diese Zustände befehlen sowohl bei den sogenannten Hofbeamtenverwaltungen wie bei den Betriebsverwaltungen, Finanz, Post, Eisenbahn. Ein Beispiel für viele! Die Deutsche Reichsbahn wird mit ihren 63 416 Mitarbeitern Betriebsabteilung von einer Hauptverwaltung und 30 Reichsbahndirektionen geleitet. Davon entfallen allein auf Bayern mit seinen 8312 Kilometer Betriebsabteilung sechs Direktionen unter einer eigenen Gruppenverwaltung, der ein Beamter im Range eines Staatssekretärs vorsteht. Jede dieser 6 Direktionen ist mit einem eigenen Beamtenstab, vom Präsidenten anfangend, ausgerüstet. Daneben bestehen 10 zentrale Ämter, deren Aufgaben durchaus von einer Stelle wahrgenommen werden können, und 639 Ämter, die die äußeren Dienststellen übernehmen. Zur „Deutschen Staatsbahn“ wird dieser aufgeschwemmte Apparat mit Recht als ein „Straß mit 10 Nebentürmen“ bezeichnet, „der sich hernach jedem Operationsversuch der Verste wiedersetzt“. Dieser ganze Apparat könnte beschwunden, ohne daß der Betrieb im geringsten darunter beeinträchtigt würde.

In ähnlicher Weise ist die gesamte öffentliche Verwaltung „zur Wahrung landsmannschaftlicher Eigenart“ ins Unmögliche aufgebläht. Aber für dieses Uebermaß soll das Reich zahlen. Und damit Bayern nicht allein fressen, hat es sich mit Württemberg und Baden zusammengetan, zu einer „Gemeinsamkeit der Interessen der drei süddeutschen Länder“, die ein „einheitliches Vorgehen“ gegen das Reich anknüpft. Weil das Reich sich mit Recht weigert, Lasten, für die es nicht verantwortlich ist, zu tragen, wird eine Forderung gebildet, deren Stoff wohl weniger das Reich als die Beamenschaft tragen müssen. Denn schon drohen die Länder, mit eigenen Be-

sohdungsgefahren herauszutommen. Ueber diesen Weg der unterschiedlichen Besoldung der Beamten soll also ebenfalls dem Reichseinheitsgedanken Abbruch getan werden. Unter Geltung des Besoldungsparagrafen 6 haben die Länder und Gemeinden sich auf ihr Selbstbestimmungsrecht berufen. In der Hoffnung, daß das Verantwortungsbewußtsein groß genug sei, solche Einseitigkeiten fernzulegen ausschlaggebend für die Besetzung des öffentlichen Dienstes. Die Voraussetzungen scheinen getragen zu haben, wenn man das jetzige Vorgehen der Länder und Gemeinden betrachtet.

In unverantwortlicher Weise wird so das Zustandekommen des Besoldungsabbaus verzögert. Schon macht sich unter Vornahme etwa zu erwartender Maßnahmen erhebliche Ungenauigkeiten bemerkbar. Man zögere nur so weiter, dann werden die behaupteten 2 Prozentigen Ein-

Der deutschnationale Zickzackkurs in der Außenpolitik

- 22. September 1923: Bericht: „Wir glauben an eine machtpolitische Lösung.“
- 25. September 1923: „Aussprechung“: „Die Deutschnationale Volkspartei ist bereit, an der Sicherheitskonferenz (Locarno) mitzuarbeiten.“
- 22. Juli 1925: Graf Westarp: „Wir sind gewillt, alle Möglichkeiten im Interesse des allgemeinen Friedens Europas und im deutschen Interesse auszunutzen.“
- 16. November 1925: Deutschnationaler Parteitag: „Das Revolverwort von Locarno ist deshalb für die Deutschnationale Partei unannehmbar.“
- 19. September 1926: Graf Westarp: „Auch heute noch sind wir von der Nichtigkeit unseres Widerstandes gegen die Locarnopolitik überzeugt.“
- 25. September 1926: Bericht: „Auch die Deutschnationalen müssen sich zur Verständigung mit Frankreich bereit finden. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hat sich unter einer klugen Idee Stresemanns vollzogen.“
- 7. Oktober 1926: v. Freytag-Loringhoven in der „Deutschen Zeitung“: „Zweifel heißt es ausdrücken, daß nicht nur die Einzelheiten der Stresemannschen Politik verfehlt sind, sondern daß der Grundgedanke verwerdlich ist.“
- 24. Juni 1927: „Die deutschnationale Reichstagsfraktion spricht Stresemann für Vertrauen aus und billigt damit seine Außenpolitik.“
- 7. Januar 1927: „Aussprechung“: „Mein Mensch denkt mehr daran, die Verträge von Locarno umzuwerfen.“

„kommensaufbesserungen „verhandelt“ sein, ehe sie ausgeführt worden sind.“

Reichsfinanzminister Dr. Brücker hat sich mit seiner Drohung gegen ungerichtete Preissteigerungen in Verbindung mit Ertragsabfall geholt. Der „starke Mann“ wird noch immer getraut. Wir glauben, der Reichsregierung wird diese Idee nicht. In ihren Tendenzen sympathisieren die Reichsparteien und ihre Vertreter in der Regierung mit der Völkervereinigung; kommt sie doch ihrem Streben auf Schwächung des unitarischen Gedankens entgegen.

So sehen wir auch die Beamtenbesoldung zum Gegenstand des politischen Geschäftes werden. Das Zentrum mit zwar der gute Mittler sein; aber die Geister, die es tief, werden ihm gefährlicher mit jedem Tage.

Und die Beamten, die in den Gedanken verfestigt werden sollten, daß endlich eine Rechtsreaktion ihnen Hilfe bringen werde, wird sich mit jedem weiteren Tag der Verzögerung in ihren Hoffnungen enttäuschter sehen.

Die mißbrauchte Kanzel

Evangelische Kirche und neuer Staat.

Der „Hofprediger“ Windemann in Dessau hatte in einer „Friedenspredigt“, die gegen die neue Zeit und den neuen Staat nur so weiter, vor dem Bund ehemaliger Ober u. a. gehalten in Dessau und Anhalt waltete „bei den Herren dieser Welt“ der Hoffenismus und die Männer aus der Welt reifen wollen und der Pazifismus erlöste die besten Kräfte, die Gott in unsere Herzen gelegt habe.

Diese Predigt, die auch Schönen gegen die Reichsfarben und die Forderung einer neuen, allgemeinen Wehrpflicht enthielt, hatte zum Ergebnis zunächst eine lebhaft und von großen Erfolgen begleitete Agitation der Sozialdemokratie für den Kirchenaustritt. Die „widerständigen Verbände“ freilich erklärten sich mit Windemann solidarisch mit der Begründung, er habe ihnen so recht aus dem Herzen gesprochen. Die Angelegenheit hat nun aber eine Wendung erfahren: Wie die „Deutscher Zeitung“ mitteilt, hat sich das Anhaltische Staatsministerium offiziell beim Bundespräsidenten beschwert, da es sich beleidigt fühlt, und es hat angefragt, was der Landespräsident zu tun gedenke. Das Ministerium hat keinen Zweifel darüber gefaßt, daß es gegen einen Staatsbeamten, der sich eine solche Entgleisung erlauben kommen lasse, ein Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung einleiten werde. Der Ausgang der Angelegenheit ist für die grundsätzliche Frage, wie sich die evangelische Kirche zum heutigen Staat stellt, von erheblicher Bedeutung. Der Bundespräsident hat bis jetzt beharrlich geschwiegen, und es scheint, daß er innerlich zu dem Herrn „Hofprediger“ hält. Auch in den Kreisen des politisch und religiös liberalen Bürgertums ist die Erregung groß, sie geht bis zu der Forderung, daß sich auch die Demokraten in Anhalt die Kirchenaustrittsagende zu eigen machen sollten. Davor muß man jedoch nachsichtig warnen, da die Kirche dann völlig in das Fahrwasser der Rechten gleiten würde. Einmüßigkeit muß man die Stellungnahme des Bundespräsidenten abwarten, der sich hoffentlich über die Stimmung verworrenen Schichten des Kirchenvolkes nicht im Illudieren ist.

Die Gewissensnot der Lehrerschaft

Einmütige Niederlegung des Religionsunterrichts geplant.

Der Widerstand der Lehrerschaft gegen den heidnischen Reichsschulgesetzentwurf äußert sich in einer sehr starken Bewegung, deren Ziel die Herbeiführung gemeinschaftlicher Beschlüsse über die Niederlegung des Religionsunterrichts im Falle der Annahme des Gesetzes in dieser Form ist. Beschlüsse, in denen die Lehrerschaft sich zu einem solchen bedeutsamen Schritt bereit erklärt, werden in den verschiedenen Teilen des Landes vorbereitet, in Braunschweig ist eine derartige Entschliesung bereits angenommen worden, in Schleswig-Holstein und in Westfalen ist mit einer gleichen Aktion zu rechnen. Die Lehrer sind zur Niederlegung des Religionsunterrichts nach Artikel 149 der Reichsverfassung 5 ersucht, ein solcher Schritt kann ihnen nicht als Verweigerung des Staatsdienstes oder als Streik ausgelegt werden. In dieser Beziehung ist in der Verfassung der Religionsunterricht deutlich von den anderen Unterrichtsgegenständen unterschieden. Sehr erhebliche Schwierigkeiten werden sich vor allem aus einer einmütigen Entschliesung der Lehrer bei den eintreffenden Schülern ergeben.

Geistige Grundlagen der Demokratie

Deutsche Demokratische Herbstschule in Wiesbaden.

In diesen Tagen fand eine demokratische Herbstschule in Wiesbaden statt, deren anderer Verlauf durchaus gelungen war, und deren Thema „Die geistigen Grundlagen der Demokratie“, von hervorragenden Führern der Partei dargestellt, den zahlreichen Teilnehmern zu lebhafter Erörterung und innerer Verarbeitung Anregung gab.

Der Empfangsabend bot den Teilnehmern die Begrüßung der Ortsgruppe, des Vorsitzenden des Parteiverbandes Prof. Stille-Schneider, der Vertreterin der Reichsgewerkschaftsliste Fräulein Wittfoth und des Leiters der Herbstschule Prof. Nade-Wagdeburg. Am Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag des Mittelschulrektors Hartmann über „Mittelstufe und wir“, der die wachsende geistliche Bewegung der Vereiner und Verfassungskämpfe der Masse, ferner die große historische Linie der Demokratie, an Ausschritten aus der Hildesheimischen Geschichte in schlagender und packender Weise auf Grund umfassender archivarischer Kenntnisse vorführte.

Am ersten eigentlichen Arbeitstag zeigte Prof. Nade die beiden heidnischen geistigen Grundhaltungen der Demokratie in den gegenwärtigen Tendenzen des Liberalismus und des Sozialismus auf, aus deren Spannungsbewußtsein sich der Ausgleichszustand ergebe, den wir mit dem Namen Demokratie bezeichnen. Die Demokratien des Altertums (geben aus für diesen modernen Begriff, einmal weil ihnen das Moment des Liberalismus fehle, und zweitens, weil sie nur eine Verengungsmittel umfassen, die auf dem freien Unterbau des Sklaventums lehte. Der Weg der modernen Demokratie führt vielmehr über die Befreiung des Individuums durch Renaissance und Reformation zu ihrer politischen Manifestierung in den „Menschenrechten“ der nordamerikanischen Republik und in der französischen Revolution. Die deutsche Bewegung von 1848 hat die Grundrechte der „Deutschen“ hingenommen, die in abgewandelter Form in unsere Verfassung Eingang gefunden haben. In der Hand der Reichsverfassung und des Parteipro-

gramms wurden die Ausrichtungen der liberalen und der sozialistischen Tendenzen nachgewiesen.

Dem Staat drohe jetzt die Hauptgefahr in dem Anwachsen der „Massendemokratie“, der Entartung der Fachorganisationen und anderer Körperschaften. Es gilt das demokratische Staatsideal lebendiger zu machen. Das geschieht einmal durch Mitarbeit an den Körperschaften, z. B. an der Kirche, die des demokratischen Einflusses dringend bedarf, und durch Heranzustellen einer demokratischen Grundidee, die umfassender als irgendeine religiöse den unersetzlichen Wert der Demokratie darstelle, nämlich der weit und tief gefaßten Idee des Nationalismus.

Die Diskussion stellte das Bedürfnis nach der religiösen Unterbauung der demokratischen Haltung deutlich heraus und drehte sich um die Möglichkeit und Schwierigkeit der Mitarbeit an der Kirche.

Am zweiten Tag legte Frau Min. Rat Dr. Wäumer in ihrer bekannnten formvollendeten Darstellungsweise die „Wurzeln der deutschen demokratischen Gesellschaftsbewegung“ bloß. Sie sind zu finden in dem Idealismus Kantens und in dem Humanismus Herders. Die deutsche Auffassung führte nicht wie die französische zu einer rationalen Zustimmung und Verlagerung der Idee des freien Menschentums, sondern gab ihr in Kant eine moralische Grundlegung, die eine Verlebendigung der christlichen inneren Erfahrung darstellt. In Herder andererseits fand sie die nachstumsmäßige Grundlage des Volkstums, das als sinnvolles Gebilde einen absoluten Wert besitzt. Bei Carlisle erscheint, in sich selbst auch das Verne, als personifiziertes Volkstum, in diese Grundidee mit eingeschlossen. Auf diese breiten Front hat sich die Entwicklung des deutschen völkischen Humanismus und allgemein-menschlichen sittlichen Idealismus bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts bewegt, indem sie zugleich national und demokratisch war. Diese ganze Haltung stellt besonders, wenn man Goethes förmliche Wendung dazu nimmt, eine „Metaphysierung“ des Besessenen dar, der Natur und des Volkstums, die der offenkundige Protektionismus des 19. Jahrhunderts in sich aufzunehmen verstand. Die Ueberwindung des nationalen Moments zeigt der Nationalismus, der alle Gefahren einseitiger Fundierung in sich birgt.

Der dritte Tag stellte die sozialen Probleme des demokratischen Staates in den Vordergrund. Dr. Bauer, sozialpolitischer Referent der Reichszentrale für Heimat-

dienst, zeigt in längeren Ausführungen die Aufgaben in der Entwicklung der sozialen Maßnahmen. Vor dem Kriege galt bei aller umfangreichen sozialen Gesetzgebung das Hauptinteresse der Sicherung des Staates. Nach dem Kriege trat deutlicher als der beherrschende Gesichtspunkt derjenige des Staates als der beherrschende Gesichtspunkt hervor. Wenn bei beiden Einstellungen noch immer der Staat der aktive Teil gewesen sei, so drohe er neuerdings in den Hintergrund gedrängt zu werden durch soziale Maßnahmen der Unternehmer, die ihren Zweck in der Sicherung des Betriebes hätten. So beruht alle der Sicherung des Betriebes auf eine Schwächung der machenden der sozialen Maßnahmen des Staates für deutsche Verhältnisse verhängnisvoll. Die fortschreitende Nationalisierung der Wirtschaft bietet heute neue Möglichkeiten und Möglichkeiten für soziale Maßnahmen. In dem Ansehen der Verdingungen, der vernünftigen Pflege des Betriebsinteresses, der Erhöhung von Freiheiten zeigte der Vortragende das große Feld sozialer Sozialpolitik und regte eine rege Erörterung darüber an.

Die Nachmittage der Tagung waren Besichtigungen und Ausflügen gewidmet. Am Abend des zweiten Tages sprach Frau Dr. Wäumer über das Reichsschulgesetz vor einer zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung.

Nachfolgende Entschliesung gelangte zur Annahme:

„Die Demokratische Herbstschule in Wiesbaden, indem sie sich auf die tiefen geistigen Wurzeln der Demokratie besinnen durfte, erkennt das Wesen der heutigen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lage in der bestehenden schweren Spannung zwischen dem Anspruch des Einzelnen auf Freiheit und dem Anspruch des Volkes auf Gemeinschaft. Die Demokratische Partei weiß sich im Zentrum dieser Spannung, und wenn sie deswegen von beiden Seiten anabauend bewegt wird, so leitet sie damit zugleich auch eine unendlich lohnende Arbeit an ihrem Ausglick.“

Die Demokratische Herbstschule in Wiesbaden hat es allen Parteigenossen ans Gewissen, an der Lösung dieser Aufgabe mitzuarbeiten, vor allem auch durch Beeinflussung der wirtschaftlichen Organisationen und kulturellen Körperschaften im Sinne des demokratischen Staatsideals.



Die neue Befoldung

Von Otto Schmidt, Berlin-Siegah, M. d. R.

Die Befoldung der Beamten- und Lehrerschaft, die 1920 nach neuen Grundätzen unter starker Verminderung der Klassengehälter, aber mit äußerst niedrigen Gehältern neu geregelt wurde, ist seitdem in nur geringem Maße ausgebaut worden. Nach heute haben die Beamten unserer Gruppen erst ein Drittel der Frauen- und Kinderzuschläge die Vormaligehaltsätze von 1913 wiedererlangt; mittlere und höhere Gruppen bleiben auch jetzt noch hinter diesen Beträgen zurück. Nach einem heutigen Anberaumt von 150 gegenüber 100 von 1913 bedeutet das die Zurückführung der Lebenshaltung auf die Hälfte der Vorkriegszeit. Die Vorkriegsentsprechungen aber waren, besonders in den unteren Gruppen, deart unzulänglich, daß nach schon damals nur von einem „Hunderdsteil“ sprechen konnte.

Dieser allgemeine Einkommensrückgang, der bei der Stabilisierung der Währung am 1. Dezember 1924 die untere Grenze erreichte (Gruppe I 606—810 M.; Gruppe XIII 1000 M. jährlich), hat mit den Beschlüssen der Kriegszeit neben der äußersten Verarmung der Lebenshaltung auf einer völligen Ausschöpfung der Beamtenwirtschaft geführt. Die Beamten leben seit Jahren in einer stetigen Verarmung einher; die Zustände haben schon seit Jahren begonnen, aus der reinen Beamtenangelegenheit herauszuwachsen und zu einer Frage der Staatsautorität und Staatsintegrität zu werden.

Es ist bekannt, warum nicht schon längst eingegriffen worden ist. Nach der Inflation, die auch bei 1924 dem letzten Schritt verminderte, begann die Inflationierung. So litt der Minister Dr. Luther und v. Schöberl. So schenkt alle die Wirtschaft, aus denen Staatsinterventionen auf die Wirtschaftskraft als Kredit oder ein Fonds perdu gehen. Die Beamtenarbeit erhielt nicht. Als die Wirtschaftskraft als Kredit oder ein Fonds perdu gehen. Die Beamtenarbeit erhielt nicht. Als die Wirtschaftskraft als Kredit oder ein Fonds perdu gehen.

Diese Situation fand der Reichsfinanzminister Dr. Brücker bei seinem Amtsantritt vor. Auf so von Grund aus gefährdeter Wirtschaft konnte Dr. Brücker ausbauen und schließlich in Magdeburg unter dem Jubel von 6000 Beamten Befoldungsausschüssen von 18—25 Prozent vornehmen.

Der verabschiedete Jubel hat sich gelegt, seitdem die Einzelheiten der neuen Befoldung bekannt geworden sind. Daß die Vorläufe bis zur Gruppe V nur 25 Mkt. und bis zur Gruppe XII und höher 70 Mkt., betragen, hat plößlich allen die Augen geöffnet über den geringen Wert der Aufbesserung. Man hat von goldenen Zeiten gehört, aber nicht von verhältnismäßig geringe Befoldung der Beamtenoffiziere augenblickliche Notlage vieler Kreise der Beamtenoffiziere, und in vielen Fällen bis zur Hälfte allein durch die ab 1. Oktober in Kraft tretende Befoldung der Beamtenoffiziere aufgezogen werden. Inkraft bleibt, wovon Schulden abgedeckt, notwendige Befoldungen für den Haushalt, Kleidungshilfe und Schulgeld für den kommenden Winter gemacht werden sollen.

Der vorliegende Gehaltentwurf enthält aber noch eine Menge Dinge, die mit den Wünschen der Beamten nicht übereinstimmen. So fehlt die ungelagte Verzinsung, die Gleichstellung der weiblichen mit den männlichen Beamten, der Verbehalten mit den Ledigen. Die Zivildienstberechtigten haben die Altersrenten sind den Pensionen nicht erreicht, die Altersrenten sind den Pensionen nicht erreicht, die Altersrenten sind den Pensionen nicht erreicht.

Wilhelm der Dritte

Von Herbert Guldberg.

Aus dem Leben ergründeten lebensprägenden Geschehnisse und Geschehnissen des rheinischen Dichters „Die Hohenzollern“, Bruno Cassirer-Verlag Berlin 1928.

Was meinen Sie, Sündenbünd? Können denn nicht wenigstens mein Sohn Kaiser werden? Meinen Thron bestiegen als Wilhelm der Dritte etwa? Sie denken Sie darüber? Er wäre? Wilhelm der Dritte? War das nicht zu machen?

Wit folgen und anderen überflüssigen Worten wandte sich der Kaiser an seinen Morgen des 9. November 1918 in dem feuchten Garten der Villa Fraumarkt draußen vor der belagerten Babelsberg Spa an die Herren seiner nächsten Umgebung. Es war die letzte große öffentliche Szene, die er als Kaiser zu spielen hatte. Er war nach seiner Gewohnheit schon über eine Stunde mit seinen Herren durch den Garten veramnt, meistens selber und immer häufiger und gestikulierend. Und die anderen waren über seinen einigen Sprechen und Nichtsagen immer stiller und müder geworden. „Was soll ich meinem Sohn sagen, wenn er gleich kommt? Kann er Wilhelm der Dritte werden? So geben Sie mir doch Antwort, Beschuld! Ich kann jetzt das Schlimmste ertragen.“

Wit folgen und Schweigen war die einzige Ermüdung, die er bekam. Nur Gröner, den der Kaiser und auch der Kronprinz späterhin sich als den liebhaftigen Gatten und Bernichter des Daules Hohenzollern ausmalteten, was er gar nicht war, nur Gröner fand sich schließlich zu der letzten Antwort bereit: „Ich fürchte, Majestät, es wird zu spät sein.“ „Weßhalb zu spät? Was haben denn die Schweinehunde aus Berlin wieder Neues gemacht?“

Da ergriff der Kronprinz, welcher schon „Wilhelm der Dritte“ in den Augen des Kaisers. Er war auf Befehl seines Vaters am frühen Morgen von Realsort,

schlechter gestellt. Zu mehreren dieser Punkte liegt im Reichstag demokratische Änderungsanträge seit langem vor, und es wird sich zeigen, ob die so oft gerühmte Beamtenfreundlichkeit der Reichsregierung sich diesmal wahrlich, wo sie immerhin der Reichswehr voll besonders behandeln werden. Die beschäftigte außerordentliche Heraushebung der Generale und Admirale gegenüber den hohen Zivilbeamten hat eine unvertretbare politische Bedeutung, die höchste Beachtung erfordert. Auch Kassengehälter und Momente enthält die Neuregelung, die den demokratischen Auffassungen widersprechen.

So wird der Entwurf nach Verabschiedung durch den Reichstag nach Reichstag noch viel Arbeit zur Verbesserung geben. Die Einkünfte der Länder und Gemeinden wegen der Mittelaufbringung werden zu beteiligen sein, ist doch der preussische Finanzminister Dr. Hüpscher-Nachhoff durch seine Zustimmung zum Reichsentwurf für Preußen mit einem guten Beispiel vorangehen. Mehraufwendungen, wenn diese ohne Erhöhung der Steuern, Zölle und sonstige Abgaben ausgebracht werden, dürfen zu Preis erhöhungen nicht führen. Denn die steigenden Preise würden die noch allen anerkennende Verbesserung für die Beamten illusorisch machen. Durch Stärkung der Kaufkraft Kaufkraftiger Massen, durch Einrempfen von nahezu 1 Milliarde Mark in die Wirtschaft muß der Verdienst für die Wirtschaft aus den erhöhten Umsätzen kommen nach der Formel vernünftiger Wirtschaftler: „Großer Umsatz, kleiner Profit“. Der Lagervertrieb konjunkturell verwerten, den Kaufkraft durch höhere Preise zum Doppelverdienst ausnutzen will, vermindert sich größtenteils Wirtschaftswirtschaft, vermindert die sich anbahnende Wirtschaftsgeldung. Länder und Gemeinden, die angeblich Mittel für die Aufbesserung nicht haben, sollten zunächst danach trachten, durch Reorganisation ihrer Verwaltung die Mittel einzusparen. Wer hier in der Vergangenheit lässig war, kann nicht vom Reich noch Prämien dafür erwarten.

Die Befoldungsausschüsse sind dringend nötig. Auch die sogenannten wirtschaftlichen Kreisverbände, Reichs- und Reichsverbände, werden sich dieser Notwendigkeit nicht verschließen. Besonders die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft sollte Abweichungen von der Reichsregelung, die neue Ursache in die Reichsbahnbeamtenfrage tragen würde, nicht vornehmen.

Über 4 Milliarden Mark sind in der Nachkriegszeit am Beamtenentkommen für den Staat, also für die Allgemeinheit, erspart worden. Im Augenblick, wo die Wirtschaft eine beständige Forderung aufweist und sich ihre inneren Konstellationen stetig ändern, ist es eine Staatsinteresse, daß der Beamtenstand so weit als möglich abgehoben wird. Hierin die tragfähigen Unterlagen geschaffen zu haben, ist das unentbehrliche Verdienst der weishesten Reichsfinanzminister Dr. Reichsbahn. Die demokratischen Finanz- und Wirtschaftspolitiker des demokratischen Reichstages, Dr. Brücker, hätte ohne diese sehr unmittelbare Arbeit nicht mehr tun können, als wenn auch die Grundlagen für diesen Fundament baut er auf, wenn auch mit zahlreichen Mängeln. Diese zu beseitigen, wird eine Aufgabe der demokratischen Politik der kommenden Beratung des Gehaltentwurfes im Reichstag sein.

(Aus der „Siffo“)

Jeder arbeite mit!

Alle Parteifreunde werden dringend gebeten, die Namen von Männern und Frauen, die sich für die Werbung als Mitglieder der Demokratischen Partei und als Bezieher unserer Wochenblätter für geeignet halten, mit Angabe der Anschrift der Bezugsgeheimstelle in Magdeburg zu melden.

seinem letzten Quartier im felsigen Maatal aufgedrungen. Im Automobil, mit dem er fundiert oftmals die Gegend durchzogen hatte, Mal zum fahren es wohl bald Schwermänner? hatte er vermischt beim Wägen seinem Fahrer zugewinkt und jetzt stand er in seiner Jugendzeit, die Baden von der Winterluft gerötet, die schneide die Baden von der Winterluft gerötet, die schneide die Baden von der Winterluft gerötet, die schneide die Baden von der Winterluft gerötet.

Das steht vielleicht einzig in der ganzen Zeitbühne, die wir Weltgeschichte nennen, daß Kaiser und Kronprinz, Vater und Sohn, zusammen vor ihrem Volk debattierten und sich ins Ausland zurückzogen. Dabei war der Kronprinz persönlich nicht dabei. Mutiger jedenfalls als Wilhelm der Dritte. Auch hatte er als Führer der 1. Armee und Oberkommandierender der Heeresgruppe Kronprinz während der vier Kriegsjahre den Tod wirklich mehrmals aus nächster Nähe gekostet und war in seinem Hauptquartier in dem sauberen hübschen Wiesentalschen Stenod in seiner Villa häufig genug auch durch Stützgebunden selbst bedroht gewesen. Als Haupt um Stützgebunden selbst bedroht gewesen. Als Haupt um Stützgebunden selbst bedroht gewesen.

Klares Ziel

Eine Partei, die weiß, was sie will.

Die sogenannte Wirtschaftspartei ist ein Gebilde, das wirklich nur ganz kritischen und politisch unbegabten Lesern annehmbar erscheinen kann. Obgleich sie nur doch schon einige Zeit besteht, sind ihre Leistungen gleich Null, alle hochstehenden Besprechungen hat sie unerfüllt gelassen, und jedesmal, wenn man sie für Mitarbeit heranziehen wollte, hat sie sich in der Stille, daß ihre Wähler dann schnell die Wahrheit merken würden, um die Lebensnahme einer Partei antwortung herumgedrückt. Die „Nationalliberale Streifenpartei“, das Organ der ja auch nicht gerade feil und unerschütterlich für eine Überzeugung wirkenden Deutschen Wirtschaftspartei, hat jetzt ein Beispiel dafür mitgeteilt, wie die Wirtschaftspartei sich in Reichstag bei wichtigen Abstimmungen verhält. Hier eine Probe mannhafter parlamentarischer Tätigkeit.

Ein typisches Beispiel für die in der Wirtschaftspartei bestehenden Verfahrbarkeit vor die Abstimmung im Reichstag über Leoardo und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Bei sechs namentlichen Abstimmungen nahm die Fraktion folgende Haltung ein:

- Erste Abstimmung: 11 ja, 9 nein, 0 enthalten.
- Zweite Abstimmung: 18 ja, 1 nein, 1 enthalten.
- Dritte Abstimmung: 0 ja, 19 nein, 1 enthalten.
- Vierte Abstimmung: 7 ja, 11 nein, 0 enthalten, 2 aberhaupt nicht abgestimmt.
- Fünfte Abstimmung: 0 ja, 8 nein, 10 enthalten, 2 aberhaupt nicht abgestimmt.
- Sechste Abstimmung: 0 ja, 0 nein, 19 enthalten, 1 aberhaupt nicht abgestimmt.

Das war also die Entscheidung der Gesamtfraktion einseitig für die Böhmerischen Bauernhäuser, und der Wirtschaftspartei hatte ein eigenartiges Ergebnis. Sie stimmte:

- Erste Abstimmung: 2 ja, 9 nein.
 - Zweite Abstimmung: 10 ja, 1 nein.
 - Dritte Abstimmung: 0 ja, 1 nein, 10 enthalten.
- Man wird diese Aufstellung nicht ohne Interesse lesen können. Doch ist wohl zu hoffen, daß bei den nächsten Wahlen das Volk etwas ungewöhnlicher, als diese Partei, es im Reichstag zu tun pflegt, seine Meinung kundgeben wird.

Harry Domela in der Provinz

Dder: was ein Titel ausmacht.

In Burg bei Magdeburg wurde der Kaufmann Johannes Jaechte verhaftet und dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Der Verhaftete kam von Halle nach Burg und ließ sich dort überall als „Herr Gerichtshofbesitzer“ einführen. Er verkehrte nur in den vornehmen grünen Gesellschaften. Mit einem Gefängniswärter, die Stadt, Burg übernahm für das Unternehmen eine Bürgschaft in Höhe von 50 000 Mark. Als die Gefängniswärter vor kurzer Zeit dem Herrn Jaechte wurde, zog sich der „Herr“ zurück. Man ließ den Herrn zu einer Besprechung nach dem Kriminalbüro ein, und Herr Jaechte er sah, daß es das Gericht als Affessor noch nicht gesehen hatte, wohl aber als Angeklagter. Diesen Mann hat man also in Burg ein großes Vertrauen entgegengebracht, und ihm sogar eine Bürgschaft von 50 000 Mark bewilligt. Wieder einmal ein Beispiel, daß ein vornehmer Mann und ein anständiger Titel noch immer zählen. Man wird der Deutsche wohl den einfachen Bürgerkrieg kennen, der anfängt, vor Zielen nur dem Wert und der Leistung der Persönlichkeit Wert hat!

Endendorff ist aus der Evangelischen Kirche ausgeschieden, und zwar weil er, wie er erklärt, schon seit langem nicht mehr auf dem Boden der Evangelischen Kirche steht. Man glaubt in Minden, daß dieser Schritt auf den Einfluß seiner zweiten Frau zurückzuführen ist, die für eine weltliche Religion Propaganda macht.

„Herr Jaechte, Sie sind ein Mann, der in der ganzen Zeitbühne, die wir Weltgeschichte nennen, daß Kaiser und Kronprinz, Vater und Sohn, zusammen vor ihrem Volk debattierten und sich ins Ausland zurückzogen. Dabei war der Kronprinz persönlich nicht dabei. Mutiger jedenfalls als Wilhelm der Dritte. Auch hatte er als Führer der 1. Armee und Oberkommandierender der Heeresgruppe Kronprinz während der vier Kriegsjahre den Tod wirklich mehrmals aus nächster Nähe gekostet und war in seinem Hauptquartier in dem sauberen hübschen Wiesentalschen Stenod in seiner Villa häufig genug auch durch Stützgebunden selbst bedroht gewesen. Als Haupt um Stützgebunden selbst bedroht gewesen. Als Haupt um Stützgebunden selbst bedroht gewesen.“

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Or. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Or. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Anzeigenpreis: Für die gebräuchlichste
Zeitung: 1 Mark. - Anzeigenpreis
nachdem durch den Verlag der „Politischen
Wegweiser“, Halle (Saale), Or. Brauhaus-
straße 30.

Nummer 42

Halle (S.), 15. Oktober 1927

3. Jahrgang

Vorgeplänkel zum Wahlkampf

Parlamentsbeginn

Nachdem der Anfang der Reichstagsarbeiten schon einmal um gut zwei Wochen verschoben worden ist, hat der Woche nunmehr endgültig den Termin für den Zusammenritt der deutschen Volksvertretung auf den 18. Okt. festgelegt. Die letzte Session vor den Neuwahlen beginnt. Sie ist selbstverständlich, daß sie schon jetzt in Betreff der grundsätzlichen Auseinandersetzung stehen wird. Der Wahlkampf ist seine Station voraus. Vielleicht nicht in dem Maße, wie das in Frankreich und England üblich ist, aber doch nicht gering. In den einzelnen Parteien regt es sich bereits. Sie suchen nach geeigneten Parolen. Etwas vorzeitig, denn der Gang der Ereignisse kann sehr wohl noch Fragen in den Vordergrund drängen, als heute auf der Tagesordnung stehen. Möglich, wenn auch nicht sicher, über die Aussicht besteht jedenfalls. Und zwar in einem Sinne, der unseren Erwartungen nicht voll entspricht, sich zwar jedoch nicht. Bis das der Fall, dann vollzieht sich der Austausch nach ganz anderen Gegebenheiten, als noch vor Wochen angenommen werden mußte. Dann ist die entscheidende Frage, auf die die Wähler eine Antwort geben müssen, das Verhältnis zwischen Reich und Ländern, oder anders ausgedrückt das Problem innerer Finanzen, das nicht ohne eine Lösung finden kann, als bis die Leberkreisläufe der Reichsregierung beseitigt worden sind. Dann aber entscheiden sich die Konturen deutlicher ab. Für den Einheitsakt sind die Parteien der Dinsten geschlossen zu haben. Das Zentrum schwankt. Nächstens auf die bayerische Volkspartei können, obwohl der erste wichtige Stoß gegen die Finanzinteressen von Matthias Erzberger geführt worden ist, aber das Zentrum gibt weiteres nach, sobald es sich nicht klaren Sozialpolitik gegenüber stellt. Nicht die Wahlkraft selbst steht zur Debatte. Sie ist heute aus den öffentlichen Fährden heraus. Um ihren Inhalt gehts.

Das Schulgesetz

Wie nach der Reichstag das erste Wort gesprochen hat, wurde schon im Reichsrat der Keudelsche Entwurf zerlegt. Es ist reichlich noch mancherlei übrig geblieben, was schlicht werden muß, wenn für die Entwicklung deutscher Kultur Licht und Luft gelassen werden soll. Aber Beschränkung ist in der mittelalterliche Zwangsbefehlungen geworden. Eine Reihe von Ländern haben ihr Gebiet aus dem Gesetz heraus genommen, so Baden und Hessen, Thüringen und Hamburg, Anhalt und Lippe. Preußen hat wenigstens Preußen, Frankfurt a. M. und Danzig von den Schulangelegenheiten der Reichsregierung befreit. Und das die Schulangelegenheiten, dem kaiserlichen Verfall der Verfassung entsprechend, dem Reichsrat überlassen. Und das die Entwicklung der deutschen Schulangelegenheiten, die in der modernen Zeit keinen Platz haben darf. Trotzdem ist sich nicht zu tun. Es geht nicht, daß der Wille der Eltern, so sehr es sich auch sein mag, zur Bestimmung der Schulen führen darf. Wir sind immer so stolz auf unsere Schulen, nicht mit Recht. Gleichwohl groß ist doch die Zahl der einseitigen. Sie bilden die Mehrheit in Deutschland. Wenn wir noch durch Antrag zwei- und dreifache Anstalten angelegt werden dürfen, damit nur ja kein Katholik mit einem Protestanten das gleiche Lehrgut benutzt, verstimmt sich das Hebel. Hier hat eingestrichelt zu werden. Sie sind reich genug, um für solche trübsüchtigen Zwecke Geld herauszuwerfen. Und die Rollen geben alljährlich die ungezählten Millionen. Für Berlin sind allein Schulgebühren von elf erreicht worden. Im Zentrum beruht sich auf das Elternrecht, was ausgezeichnet klingt. Nur während der Kaiserrepublik in Bayern Kardinal Faulhaber, also einer der ersten Kirchenfürsten des Reiches ausdrücklich erklärt, daß das Elternrecht gar nicht in Frage kam. Was damals galt, als rot Drumpf war, kann auch heute nicht falsch sein.

Das Zentrum in Preußen

Klage heute geht bei uns los, wir dürfen unter einem Umständen die Reaktionen schreiben, soweit sie auf dem Boden von Weimar fänden. Dieser sollte man ein Schulgesetz drei gerade sein lassen, oder was dazwischen, die Jugend der finsternen Reaktionen, und die katzenhafte ist nicht die schlimmste, sondern die offenkundig, auszuweisen. Wir haben den entgegengelegten Standpunkt vertreten und uns gefügt, daß solche Reaktionen nur dann einen Sinn haben, wenn auch das Zentrum innerlich mit ihnen verbunden wäre. Diese Probe mußte gemacht werden. Sie ist gut abgelaufen. Das Zentrum hat gesagt, daß die Erfüllung dieser Koalition mindestens ebenso wichtig ist, wie das Schulgesetz. Deshalb weigerte es sich, Kommissarien. Gerade in den drei Ländern, in denen es ist regiert, in Preußen, Hessen und Baden, hat es erhebliche Zugewinne gemacht und sich nicht durch den Einbruch der Reichstagsaktion betreffen lassen. So kam

es zu den Anträgen, die nun im Reichsrat durchgegangen sind. Voraussetzungen, daß man nicht immer Lust haben, sondern sich sehr tapfer zu seinen Grundbesetzen bekennen soll. Hoffentlich eine Lehre für die Zukunft.

Die Besoldungsreform

Der Antrag zur Erhöhung der Beamtengehälter war unverkennbar. Nachdem die Werten im Laufe des Jahres um 20 Prozent gestiegen und die Lebensmittelpreise diesen Aufschlag nach oben begleitet mitgemacht hatten, blieb gar nichts übrig, als tief in den Beutel zu greifen. Es ist gewiß sehr einfach, wenn man diese Dinge auf sich beruhen lassen will, aber der Staat hat kein Interesse daran, sein Beamtenumfeld zu lassen. Korruptionen wären die notwendige Folge. Wenn die Not zu groß wird, hören auch die moralischen Grundzüge auf, Wirkung zu haben. Die Wirtschaft sieht diese Umwandlung mit einigen Unbehagen. In ihrem schweren Daseinskampf fürchtet sie vor jeder Erhöhung der Löhne und Gehälter eine weitere Fälligkeit ihres Wettbewerbs auf dem Weltmarkt. Diese Gefahren bestehen zweifellos, auch nicht der innere Markt niemals einen Ausgleich bieten. Deutschland hat in der Vorkriegszeit seine Handelsbilanz lebhaft durch Export, durch die Veräußerung der Auslandsguthaben und durch die Schiffahrt wieder ausgeglichen. Trotzdem. Hier liegt ein Aufschlag vor, an dem man nicht vorbeigehen kann. Allerdings ist eines ohne weiteres zuzugeben. Viele Mehraufgaben der öffentlichen Hand müssen soweit als irgend möglich durch Sparmaßnahme eingeholt werden. Ueberrigens auch bei der Wirtschaft. Auch bei den Gemeinden. Guter Wille findet schon Wege, und der nächste Beobachter sieht manches als recht luxuriös an. Aber hauptsächlich kann das Reich durch Vereinfachung der Verwaltungen sparen. Und da stehen wir vor dem eigentlichen Problem der inneren Politik.

Reich und Länder

Die Besoldungsreform wird vermutlich der Anstoß zu einer umfassenden Neuordnung der Beziehungen zwischen Reich und Ländern werden. Als Herr Dr. Köhler die Erhöhung der Gehälter ankündigte, kamen sie alle nach Berlin. Die Ministerpräsidenten der Länder verlangten, daß auch ihre Ausgaben das Reich übernehmen sollte. Herr Dr. Köhler sagte nein. Ueberrigens nicht so klipp und klar wie erforderlich wäre. Aus dem Saulus ist ein Paulus geworden, aber der alte Partikularismus schimmert immer noch ein wenig durch. Sein Nein war nicht schlau, sondern etwas biegsam. Da muß der Reichstag Beschlüsse nachholen. Doch die Länder selbst sehen zum Teil klar genug Notwendigkeiten deutscher Entwicklung vor sich. Namentlich Hamburg, wo der frühere Führer der Demokraten, Dr. Werber, regierender Bürgermeister ist. Er ergriff den Stier bei den Hörnern und wollte die ganze Frage nach dem Sinn der Länder auf, dessen Sinn noch weiter und gab den Anstoß zu erkennen, bald die Reichsflagge zu hissen. Preußen, Anhalt, Mecklenburg-Schwerin stimmten zu. Nur Bayern kratzte. Im München glaubt man, daß größere Selbständigkeit das Heil mitdere. Was sich schließendlich hier bald als ein Zugewinn herausstellen wird. Aber wir sind jetzt auf dem Wege. Der Einheitsstaat marschiert. Nicht in Automobilstempo. Aber doch sicher. Unsere Aufgabe ist es, diese Entwicklung mit allen Kräften zu fördern. Ein letzter Heberrest der Monarchie muß verschwinden.

Die Flaggen des Hotels

Unter Vermittlung Dr. Stresemanns ist zwischen den Berliner Hoteliers und der Preussischen Staatsregierung ein Vergleich zustande gekommen, der den Kampf um die Flagge beendet. Deutschnationale Blätter lesen aus dem gemeinsamen Communiqué heraus, daß die Hoteliers ihrem Willen durchgegeben hätten. Eine etwas harte Zumutung an die Feder. Aber schließlich muß man ja in den Verhandlungen mitgehen, wie weit man ihrer Dummheit sicher ist. Im Blickfeld steht in diesem Vergleich die schwarz-weiß-rot überhaupt nichts drin. Allenfalls ist ein Hinweis auf die Handelsflagge, also schwarz-weiß-rot mit Gelb möglich. Aber das ist auch schon eine gewalttätige Ansetzung, denn die Reichsflagge ist schwarz-rot-gold. Zum mindesten muß sie als solches werden. Bedenklich auch, daß nicht wieder, wie in jüngster Vergangenheit, Freunde Freundschaft allein geschickt werden dürfen, und daß nationale Feiertage die Ehrung erfahren, die ihnen gebührt. Damit ist ein Erfolg erstritten. Wenn ein demokratisches Volk Recht hat, daß auch auf der Jugendtagung der deutschen Volkspartei an der Porta Westfalica die Farben der Deutschen Republik im Mittelpunkt gewesen sind, dann rundet sich das Bild. Uns scheint es, als ob man überhaupt nicht so ängstlich sein soll. Es wird ein klein wenig zu viel gelöhnt, wenn die alten Fährten, die in den

meisten Haushaltungen noch vorhanden sind, bei festlichen Anlässen in die Erscheinung treten. Sind sie einmal abgemischt, so werden sie kaum noch erneuert werden. Je ruhiger und überflüssiger wir selbst auftreten, um so stärker wird auch bei unseren Gegnern die Erkenntnis durchdringen, daß die alte Zeit nur noch geschichtliches Interesse hat. Mag die konservative Partei in Frankfurt a. M. von der Weg der Verirrung und Treubruch entwandenen Staatsform reden und die Republik als die Hochburg der Korruption beschimpfen, über diese Reinen geht die Zeit erbarungslos fort. Es muß immer einige Geister geben, schon damit man sieht, welche Fortschritte man gegenüber der Vergangenheit gemacht hat.

Der Fall Treshow

Die Klage des hundertfachen Oudens gegen einige ehemalige Offiziere hat zu deren Beurteilung geführt. Solche Dinge würden uns wenig beschäftigen, wenn nicht das Verdict zu der Erkenntnis gekommen wäre, daß gegen den Ordensmeister von Treshow zu Unrecht schwerer Vorwurf erhoben worden sind. Vorwürfe, die der Herr Reichsminister Dr. Marx im Reichstag von der Tribüne öffentlich wiederholt hat. Der Kanzler befindet sich zur Zeit im bestellten Gebiet, das aber durch Telefon mit Berlin noch immer verbunden ist. Wir können daher die Erklärung, daß er noch keine Zeit hatte, Stellung zu nehmen, nicht anerkennen. Können uns auch nicht damit einverstanden erklären, daß er das Urteil rechtskräftig sein muß. Selbst wenn eine höhere Instanz die Strafen mildern sollte, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß für seine Behauptungen gegen Treshow keinerlei Grundlagen beigebracht werden konnten. Herr Dr. Marx muß uns jetzt sagen, wer ihm damals unterrichtet hat, als er Herrn von Keudell wegen seines Wohlwollens gegen Treshow in Schutz nahm. Je rascher diese Angelegenheit bereinigt wird, um so besser für den Kanzler.

Die Truppenverminderung

Seltene Gerüchte schwirren am Rhein. Nur sechs-tausend Mann, nicht zehn, wie uns angeheißt worden ist, sollen zurückgezogen werden. Möglich, daß Zahlen Berührungspunkt haben. Die Franzosen rechnen immer nur die wirklichen Kombattanten als Besatzung und vergessen alle Beamten sowie den Trupp, die auf deutscher Seite mitgezählt werden. Die Besatzung wäre dann um ein Drittel kleiner und würde sich nicht so stark bemerkbar machen. Es geht um die Zukunft.



Wie die der Verant der Gedankt Gutachten d schulgesetzes ist. Bisher genüber alle mit ihrer e der Reichs Gegenab die eine Anzah daß der Entsch wendig sei. Wenn die Reichsregierung rechtlich ein gutes Gewissen hat, so wird sie sich nicht verbergen, den Staatsgerichtshof oder ein Kollegium anerkannter Staatsrechtler um ein Gutachten zu ersuchen. Da der Gesetzentwurf über die Abschaffung der Verfassungsmöglichkeit von Reichsgeboten noch im Reichstag schimmert und wohl auch wenig Aussicht auf Annahme hat, so besteht derzeit keine andere Möglichkeit, als die letzte Strafrecht durch ein freiwilliges Gutachten zu klären. Jedemfalls ist die Reichsflagge, so daß es der Reichsregierung nur annehmbar sein kann, wenn in oer welchem der Situation vorzuziehen ist. Das ist bei dem Gesetz über die Biervereinigungsbeiträge herausgeholt hat, bei dem jetzt erst auf preussischen Antrag der Staatsgerichtshof über die Verfassungsmöglichkeit dieses Gesetzes nach eine Entscheidung zu fällen hat.